



Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboauflagepreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntg. 22. 2.75, unter Kreisband für Deutschland und Deutsches Ausland 22. 2.75. Erreicht ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Gesetzliche Zeitung: Zwingerstraße 21. Telefon 1762.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zinsen werden die 6gepalte Preisseite mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinseigenen 20 Pf. Zinsen müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Redaktion abgeschickt sein und sind im vorne zu bezeichnen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 148.

Dresden, Donnerstag den 1. Juli 1909.

20. Jahrg.

Die Interpellation des Hungers.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die an den Reichskanzler die Frage richtete, ob er und die verbündeten Regierungen angeklagt seien, ob in weiteren Freisen des Volkes infolge der Neuerung herrschenden Notlage einen Gesetzentwurf auf Herausstellung der Getreidezölle und Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen einbringen wollen, kam endlich am Mittwoch zur Verhandlung. Die Organe der Brotknöderer hatten gehörig und gewaltig, es würde sich vielleicht „so um Weihnachten herum“ ein Tag für die Beantwortung der sozialdemokratischen Anfrage finden lassen. Diese Leute, die aus der Not des Volkes ihren Vorteil ziehen und, ungerührt von Hunger und Elend, die harte Faust über den Märschen halten wollen, bestreiten die Notwendigkeit einer Getreidezölleverminderung noch wie vor. Aber auch die Regierung, fröhlich endlich wieder Seite an Seite mit dem schwanzblauen Blod kämpfen zu können, versagte sich den Gründen, die der Vertreter der Interpellation, Abg. Molkenbuhr, aus der reichen Fülle seiner Kenntnisse in der Eröffnungrede vorgetragen hatte. Bis in die buntesten Winde der agrarischen Privilegiengewalt leuchtete unter Redner hinein. Sein unantastbares Rahmenmaterial fanden selbst unerschrockene Verfechter des Brotknöders, wie Krentz und Groß-Sauerin, nichts erstaunliches.

Unterstand war die Hoffnung der Zentrumspartei und der Polen. Beide haben früher für jede Erhöhung der Getreidezölle gestimmt und sich so agrarisch wie am irgend möglich aufgestellt. Wenn sie heute mir, wie das Zentrum, nicht ohne Vorbehalt zur Ablehnung, aber wie die Polen vorbehaltlos zur Empfehlung der Interpellation kommen, so darf man das als ein bemerkenswertes Zeichen entnehmen: Zentrum und polnische Partei haben beide mit den Arbeitern zusammen in ihren Reihen zu reden und zu tun, ganz genau, doch so dass mit keinem Zweifel, dass keine Sache ihnen können. Die Not des Volkes liegt sich nicht hinwegdiskutieren und ein Brust kann man den Hungerten nicht auf den Rücken legen, noch weniger aber in den Magen. Alles aber, was vorgebracht wurde, um den schweren Notstand der breiten Massen des Volkes zu befreien, mag vielleicht in einer Verhandlung des Bundes der Bankenreiche aufklingt finden können, doch auf die Oster des agrarischen Brotknöders steht es wie eine blutige Verlobung.

Dass hob der soziale Vertreter unserer Fraktion, Abg. Dr. Südfurth, in seinen Ausführungen kurz hervor, in denen er mit der Regierung wie mit den agrarischen Parteien eine Vereinigung hielt, die ihm ebenso fürstliche Unterbrechungen von der einen Seite, wie den Besuch der anderen Seite des Hauses eintrug. Da an eine Interpellation keine Beschlüsse angesetzt werden können, so musste er die Abstimmung der Regierung lediglich zur Kenntnis nehmen, hängte davon aber eine nachdrückliche Warnung, die im Bunde der Bankenreiche verstanden wird. Der Kampf gegen die konservative Majorität des Reichstags, die jetzt dem Volke die 400 Millionen Mark neuer indirekter

Steuern aufzwingen will und erbarmungslos über seine Not hinwegsieht, ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die Sozialdemokratie ruft die Kerngruppe dafür auf. Sie wird es tun!

Noch immer haben wir mit einer Arbeitslosigkeit im Lande zu rechnen, die die Kräfte der Gewerkschaften zu übersteigen droht. Noch immer weiter gehen die Preise der notwendigsten Lebensmittel in die Höhe. Und was etwas bisher noch mit kleinem Gelde zu kaufen war, das wird nun durch die neuen Steuern auf Branntwein, Bier, Tabak, Kaffee, Tee, Kindshölzer, Glühlampen, durch die Besteuerung des Verkehrs in fast allen seinen Formen in die Höhe getrieben. Das rasende Metzgeramt nimmt sein Ende. Dabei sucht man an den Rechten des Volkes zu rütteln, seinen Auflieg zu benennen. Man will dem Volke die Gelegenheit unterstellen, sein Urteil über Zoll und Steuerwucher bei einer Neuwahl zu strecken. Wohlan denn: Der Abrechnung entgehen unsere Feinde doch nicht! Wir aber müssen rüsten und einzig werben, um unsere Kämpferischkeit bis zu jenem Tage zu vermehren.

III: Hier mit 500 Millionen Steuern pro Jahr! Selbstverständlich wäre nach all den feierlichen Erfordernissen der Regierungsvorsteher die Reichstagsauflösung eine Notwendigkeit und eine Ehrenjache. Aber in der deutschen Politik — das lehrt der Fall in aller Eindeutigkeit — geht es eben nicht nach logischen Erwägungen und nicht nach auffälligen Gründen. Da ist alles verworren und verzerrt, da ist alles unwohl und verlogen. Im Dezember 1906 wurde der Reichstag aufgelöst ohne jeden sichtbaren Grund. Es wurde eine „nationale“ Day in Szene gesetzt. Dazu ließen sich die liberalen Parteien missbrauchen. Sie ernten jetzt nur, was sie selbst verbrechen haben. Jetzt wäre wirklich ernsthafter Anlass zur Auflösung des Reichstags. Und gerade darum erfolgt sie eben nicht! Das Recht der Reichstagsauflösungen ist ein absolutistisches Machtmittel, das die Regierung zu absolutistisch zu gebrauchen. Unter den jetzigen Verhältnissen würde die Auflösung das Gericht des Volkes gegen das herrschende System herabführen, — dazu ist dieses herrschende System nicht zu haben. Der Tag der Abrechnung wird darum nicht ausbleiben! Es gilt, ihn mutig vorzubereiten!

Sieger und Besiegte.

Auf der Tagverordnung des Reichstags steht heute: Bier, Tabak, Branntweinsteuer. Es wird sich nun zeigen, ob die neue Weisheit, der konservativen-Merital-Block, das volksbedrückende Steuernwerk tatsächlich durchsetzen lässt. Der Willen dazu besteht. Konservative und Zentrumswähler erklären einstimmig, mit den Regierungen sich nur gern aber die noch bestehenden Streitfragen einzugehen zu wollen. Nachdem die Konkurrenz ihren Willen in der Erbschaftsteuerfrage durchgesetzt haben, ließen sie wieder von Regierungskreise über. Und das Zentrum, nachdem es den Triumph über Zollverzerrung erzielt, ist bereit, die Konkurrenz weiter politischen Politik zu jagen und das arbeitende Volk mit den schweren Steuern zu beladen.

Die Bundesregierungen auf der anderen Seite finden sich gleichfalls mit den Zustichen ab. Sie haben nur den einen Gedanken, dass die neuen Steuern leicht werden müssen, damit die Einzelkosten vor finanziellen Sorgen bewahrt werden. Für einige der Bundesregierungen, besonders für die bayerische Regierung, kommt dazu in Betracht, dass sie in ihrer eingehaftlichen Politik aller leid auf die Zentrumspartei anwiesen sind, als dass sie einen offenen Kampf wagen wollten. Von Reichstagsauflösung ist daher noch weniger die Rede als zuvor. Sie haben nämlich an die Auflösung des Reichstags geglaubt. Die liberalen Parteien, die nach Auflösung des Reichstags scheitern, verzerrten gewisslich, dass durch ihre Wahl ein so revolutionäres Reichstag ausserwählbar wurde, während die Regierungen gerade sehr gut ausbrachten könnten. Alle bürgerlichen Parteien drängten sich ja sowohl nach „nationaler“ Steuerbewilligung. So die Steuern nun etwas anders zusammengebracht werden, als die Liberalen wünschten, das Zentrum noch befürchtungsvoller ist aufzuladen als die Liberalen, das ist lediglich den Regierungen jedem abschätzen, denn die Hauptabsicht

Deutsches Reich.

Zur elzas-lorraine Wahlrechtsfrage.
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Elzas-Lothringens batte im Auftrage vom zwölften am 7. Februar abgehaltenen Volksversammlungen dem Reichstage folgende Resolution unterbreitet:

Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Grundlage des Verhältniswahlstems zum elzas-lothringischen Landesausschuss für alle über 20 Jahre alten Einwohner beider Geschlechter. Da die in den letzten drei Jahren an den Landesausschuss gerichteten Petitionen erfolglos geblieben waren, müssen diese Petitionen wiederholt sein, eittzt sie erneut nun mehr an den Reichstag heraus und erwartet von ihm als einem der gelegendenden Autoren der Reichslande eine energische Initiative in der für die elzas-lothringische Politik und Kultur so bedeutungsvollen Wahlrechtsfrage. Sie erachtet es als eine moralische Pflicht des deutschen Volkes und einer Vertretung, den wieder gewonnenen Freiheiten, wie es so oft im Regierungsspiel heißt, das Selbstbestimmungsrecht zu verschaffen. Weil die anderen gesetzgebenden Körte in der Wahlrechtsfrage die Elzas-Lothringen nicht elzas-lothringischen Volks gegenüber vernachlässigt haben, fordert die Versammlung den deutschen Reichstag als die Vertretung des gekümmerten deutschen Volkes auf, dem elzas-lothringischen Volke zu dem ihm zufallenden Rechte zu verhelfen.

In der letzten Sitzung der Petitionskommission trat Abg. Dr. Willi Straßburg (Senat) den Ausführungen der Petenten über das zuständige, veraltete Wahlrecht bei und führte aus: Der Landesausschuss besteht aus 58 Mitgliedern, von denen 34 durch die Bezirksstädte, 4 durch die Gemeindräte der Städte Straßburg, Colmar, Mols und Müllhausen und 20 durch die Landkreise gewählt seien. Die Bezirksstädte und Gemeindräte wählten die Abgeordneten direkt, während die Abgeordneten der Landkreise von Wahlmännern gewählt werden, die ihrerseits von Gemeinderäten gewählt

in gemeinsamer Arbeit mit dem Physikprofessor Abé neue Schmelzöfen geführt habe, deren technische Verarbeitung ausreichend erachtet. Es wurde aus einem chemischen Laboratorium ein „glas-technisches Institut“ und daraus das große industrielle Werk, dessen Entwicklungsgeschichte gerade bestohlt interessant ist, sagt Schimmer, weil es eine Schöpfung reiner Wissenschaft auf dem Boden einer der ältesten Industrien darstellt, die sich bis dahin unschön entstehen hatte, dem Geiste der Zeit zu folgen“. Schott, Abé und die beiden Zeit gründeten im Jahre 1884 mit einem Kapital von 60 000 R. die „wissenschaftliche Glashütte“, und das preußische Abgeordnetenhaus beschloss auf Antrag des Justizministers Dr. v. Gohler zur Fortführung eines Versuchsbetriebes auf zwei Jahre einen Beitrag von 60 000 R. Heute verfügt die „wissenschaftliche Glashütte“ alle Stahlindustrie mit optischem Glas, von dem jährlich fünfzig bis sechzigtausend Kilogramm gebraucht werden. 600 bis 1100 Arbeiter werden in dem Betrieb beschäftigt, von denen 600 bis 700 Beleuchtungsläden, 60 bis 80 chemisches Gerätglas, 60 bis 60 Röhren, 25 bis 30 optisches Glas und 25 bis 30 glaselastische Artikel herstellen. 200 bis 250 Arbeiter sind in den Hilfs- und Nebenbetrieben tätig.

Mit Preisgabe aller persönlichen Interessen erkannte Abé die von ihm gegründete Karl-Zeiss-Stiftung 1896 zur Mitinhaberin und späteren alleinigen Besitzerin des Glashwerkes, sowie er auch die optische Werkstatt von Karl Zeiss gleichzeitig zum Eigentum der Stiftung und dadurch ihren Ertrag zum Gemeingut der Gesellschaft gemacht hat. „Impersonaler Besitz und Vertretung idealer, unpersonlicher Interessen“, darin — sagte Abé selbst — liegt der Grundgedanke seiner großartigen Schöpfung. Gagel sein heißt arbeiten für die Gemeinschaft arbeiten. Die Adelsche Karl-Zeiss-Stiftung, verwalten durch das Großherzoglich Sachsen-Coburg-Department, gemäß den Vorschriften des Stiftungsstatutes, ist alleinige Besitzerin der selbständigen, unter eigener Leitung stehenden Optischen Werkstätten Karl Zeiss und Mitinhaberin (nach Ausscheiden von Dr. Schott alleinige Besitzerin) wa selbständigen, unter eigener

Ein Jubiläum der „Wissenschaftlichen Glashütte“ in Jena.

Am 2. Juli und 23 Jahre verflossen seit der Gründung der zur Karl-Zeiss-Stiftung gehörenden Glashütte in Jena. In diesem Jubiläum nimmt die gesamte wissenschaftliche Welt gegen Karlsruhe, denn die Entwicklung dieses Unternehmens berührte auf großerem Maßstab als die Entwicklung der wissenschaftlichen Beobachtungsinstrumente durch neue Werkzeuge, die der Chemiker Dr. Otto Schott aus Witten in Westfalen, in Zusammenhang mit dem Universitätsprofessor und Direktor der Universität in Jena, Dr. v. Koenig, erzielte und welche aus dem Wissenschafts- und Industrie-Dienst bestehen. Aber auch in jüngerer Zeit wurde die Entwicklung zu einer Erweiterung des allgemeinen Interesses. Schott und vielen Freunden bedankt das aus Anlass des Jubiläums von Dr. Schimmer herangebrachten Werk über Die Glashütte in Jena, eine besondere Aufmerksamkeit. Die interessante Arbeit ist aber auch eine wertvolle Arbeit von besonderer Eigenart und erinnert somit in der Art ihrer Darstellung als auch nach vor allem an der Ausstattung in einer gewissen Hinsicht an die der prächtigen Bilder des 18. Jahrhunderts, an Augustin Bergwerth-Büchern und an die Skizze des Hochmeisters Schotters. Sicherlich. Nur ist das Bergwerth-Büchlein nicht allein eine Empfehlung Gezeug und alles so zu diesem Handel gehörig mit Figuren verarbeitet und höchst befreit. Sonderlich auch, wie ein recht verdächtiger Hermann sehr soll und die Wahrheit aufzurichten versucht. Durch den Hochgelehrten und weit berühmten Herrn Georgium Agricola (Frankfurt a. M. 1580) eine Art Lehrbuch und mit ihm nicht baulich die Wissenschaft des Bergbaus ihren Anfang, aber sein großer Wert liegt doch im wesentlichen darin, dass er in sehr schöner

* Die Glashütte in Jena. Ein Werk von Schott und Abé. Herausgegeben von Eberhard Schimmer. Mit Beiträgen von Erich Künthan. Verlegt bei Eugen Diederichs. Jena 1909. Preis 6 R.

Form eine Darstellung der Bergbaukunst im 18. Jahrhundert gibt, dass die Skizze: „Darien von alterer Bergwerck und Metallen, dass je eingeschafft sind natur und wie sie zu nutz und gut gemacht unter Bericht geben“ (Küllenberg 1871) besteht aus 20 Predigten, in denen der Bergbau als ein einziger Gottesdienst erscheint. Aber in ähnlicher Form, wissenschaftlich, klarer, populär, wie Agricola und Matthesius vom Bergbau, so ergänzt und Schimmer in seinem Buch von der Wissenschaft über das Glas und dessen Herstellung zu verschiedenen Zwecken. Besonders auch die von Schott an gezeichneten Illustrationen, welche die Arbeit in der Glashütte im Geiste eines Meisters zu schulen versuchten, lassen die Erinnerung an die oben genannten Werke auskommen. Mit der Errichtung der wissenschaftlichen Glashütte in Jena beginnt ja auch eigentlich erst die Wissenschaft der Glashütte die Straße zu erwischen, auf die sie sich doch über ihre ersten primitiven Anfänge importiert. Und der soziale Teil Abés zeigt aus dem Buche Schimmers aus allen Zeiten und zeigt, wie Matthesius den Bergbau als einen Gottesdienst, die Glashütte als einen einzigen Menschenkult erscheinen, was er in den Glasswerken in Jena, die ein Teil der von Abé gegründeten Zeiss-Glühlampen sind, ja auch bis zu einem gewissen Grade ist, soweit möglich ist.

Eine kurze Geschichte der Glashütte in Jena leitet das erste Kapitel ein, in dem sodann die Formgebung des Glases, die Substanz des Glases und die Glashüttenmaschine besprochen wird. Das zweite Kapitel handelt von der wissenschaftlichen Glashüttenkunst, von Frauendorfers Problem, den Schwefelverfahren des Kärrars-Dorecourt, den Versuchen Schotts und Abés, dem ersten Mistrustus ohne schwundloses Spektrum usw., und im dritten Kapitel wird dann das Jenaer Werk in allen Einzelheiten beschrieben.

Die Notwendigkeit einer Verbesserung der wissenschaftlichen Beobachtungsinstrumente durch neue Gläsern war vor ihrem zweiten Jahrhundert so stark, dass auch der Staat Interesse daran nahm und das kleine Unternehmen des Chemikers Schott unterstützte, der

http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090701/1

Türkischer Antimilitärischenprozeß.

Prozess, 30. Juni. Heute vormittags begann vor dem Strafgericht des Provinzialgerichts die Verhandlung gegen die 48 türkischen Nationalsozialisten und Militärs. Die Verhandlung dient einer großen Zeit im Antritt nehmen und wird voraussichtlich für neun Tage dauern. In zwei oder drei Tagen wird die Verhandlung in den größten Gerichtssaal, in den Schauspielraum, verlegt. Einige Angeklagte, die fast alle Arbeiter oder kleine Beamte sind, haben sich wegen mehrfach in West und Schott begangener Verleumdung von Militärpersonen zu gewidrigen Handlungen, zum Teil auch wegen Märschabseitigung, sowie wegen mehrerer Überstürzungen aufzuhören.

England.

Sturmische Wahlkämpferinnen.

London, 30. Juni. Die gefährliche große Kundgebung der Suffragetten bat bis zum Morgengrauen fortgesetzt. Bis Mitternacht waren 120 Personen, überwiegend Frauen und Mädchen, verhaftet worden. Einige hunderttausend Menschen füllten die Straßen um. Die meisten beteiligten sich nicht an der Demonstration, sondern bedeckten diese nur unter lautem Jodeln. Die Polizei sah sich genötigt, sich mit ihren Knüppeln einen Weg durch die larmende Ballermann zu bahnen und die Tore des Parlaments zu schließen. Mit Hilfe berister Mannschaften wurde schließlich ein Raum von 200 Metern um das Parlament freigemacht. Frau Parlament, die bekannte Führerin der Suffragetten, wurde durch den abschreckenden Polizei- fordern mit der Deputation, die aus acht Damen bestand, bis ans Parlament durchgelassen. Hier, in weiter Ferne vom Publikum, überreichte ihr ein Politologe schriftlich einen Brief aus Südtirol, in dem der Premierminister sein Bedauern darüber ausdrückt, daß er nichts Neues zu sagen habe. Aus Angst über die untermalich höfliche Abstimmung schlug Frau Parlament dem Offizier den Helm herunter. Der Offizier legte den Helm wieder auf und ertrug die schlagfertige Dame höflich, wegzugehen. Verhaftungen wurden erst vorgenommen, als das Helmabholen allgemein wurde. Alle Scheiben im Ministerium des Innern, im Palais des Obersten Hauses sowie im Schloss wurden eingeschossen. Drei Mannschaften wurden im Gedränge verlegt und mussten in ein Krankenhaus übergeführt werden. Besonders ist die Zahl der Verletzten noch größer. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren dreitausend Polizeibeamte aufgestellt.

Italien.

Gegen den Blutzaren.

Rom, 30. Juni. Der Gemeinderat von Alessandria hat eine große Protestkundgebung gegen den Verlust des Gutes in Italien veranstaltet.

Spanien.

Bombenattentat.

Paris, 30. Juni. In der Nähe von Navia in der Provinz Oviedo in Spanien wurde ein furchtbartes Bombenattentat verübt. Der Großgrundbesitzer Moretto gab Sonntag abend in seinem Schlosse mehrere Gäste ein. Plötzlich flog eine Bombe durch das Fenster auf den Tisch des Schweizers und explodierte. Der Graf starb auf der Stelle. Seine Frau und seine Tochter, sowie drei Gäste wurden getötet; vier andere Gäste wurden so schwer verwundet, daß an ihrem Aufkommen gezwungen wird. Man glaubt an einen politischen Mordakt.

Türkei.

Türkische Proletarier-Demonstration.

ac. Konstantinopel, 29. Juni. Kürzlich wurde über die im türkischen Parlament stattgehabten Verhandlungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter berichtet. Der Minister des Innern Ferid Paşa sprach sich gegen die Gewährung des Koalitions- und Streitrechts an. Es brachte aus, weil dadurch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geschädigt werde. Bekanntlich waren bei Beginn der Revolution auch sofort einige Streiks zum Ausbruch gekommen. Gegen die Rebe des Ministers wandten sich nur einige armenische Sozialisten. Es wiederholte sich hier dasselbe Schauspiel, wie bei allen bürgerlichen Revolutionen. Nachdem die Jungpartei ihre Siege mit Hilfe des Proletariats errungen, läßt sie wohl bürgerliche Freiheiten durch, die Rechte des Proletariats jagen sie aber möglichst zu beschneiden. Nun beginnt aber dieses Proletariat sich zu erheben, um seine Rechte zu vertreten. Wie der Telegraph schon kurz gemeldet, fand in Saloniki eine große Proletarierversammlung von Arbeitern statt. Diese ist, wie der Sozialer Humanität von dort berichtet wird, viel bedeutender gewesen, als nach den Meldungen der bürgerlichen Presse scheinen möchte. Wie wir den oben besprochenen Berichten entnehmen, sind in Saloniki 23 gesetzliche und politische Organisationen vorhanden. Es sind das handelsmäßig griechische, jüdische und bulgarische Gewerkschaften und bulgarisch-sozialistische Klubs. Unter den gesetzlichen Vereinigungen befinden sich solche der Bergarbeitermutter, Schuhmacher, Buchdrucker, Tischler, Schneider usw. Der an die Arbeiterklasse vermittelte Ruf war in türkischer, griechischer, bulgarischer und hebräischer Sprache gehalten. Neben 6000 Berlinern folgten dem Ruf und die bedeutendste Hafenstadt der Türkei hat zum ersten Mal eine Demonstration, an der das Proletariat ohne Unterschied der Rasse und Religion in einem gleichen großen Gedanken vereint war. Nachdem Arbeit in verschiedenen Sprachen gehalten, gelangte eine Proklamation zur Annahme, die sich gegen die Neuerungen des Ministers und gegen die parlamentarische Mehrheit wendet. Gefordert wird die Gewährung des freien Koalitions- und Versammlungsbretts.

Saloniki war der Hauptort der jugendlichen Bewegung, von hier aus hat die Revolution ihren Ausgang genommen. Saloni ist auch die Stadt des Sozialismus für die Türkei werden zu sollen.

Niederland.

Aus der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Utrecht, 29. Juni. Wie das Parteiorgan stellt sich mittleren Erfolgen des Konservativen Reichstags genommen zu dem klassischen Konservativen Reichstag, Gutachten und Ausführungen aus der sozialdemokratischen Tradition. Besonders stolz war das Geprägt des Udo Kühl, der einen Konservativen nicht darum möglichst, daß er infolge des Konservativen nicht umhause sei, den bejubelten Anforderungen einer Wähler, der litauischen Bauern, gerecht zu werden, sondern auch in einer litauischen Zeitung mit der Gestaltung hervortrat, daß er überhaupt mit der Tatsack der Sozialdemokratie nicht einverstanden sei, die sich abschließend auf die Regierungsvorlagen abstimmt verhielten. Da die Abgeordneten Kühl (Vertreter des Ammerlands) und Gutachten Vertreter der niederländischen Bevölkerung ihrer Konservativen nicht aus der Tradition im allgemeinen mit denselben Begründungen zu rechtfertigen gehabt haben, erklärt die Fraktion in ihrer Resolution, daß sie das Herrenrecht ihrer Mitglieder in lokalen Fragen nur unter der Bedingung gestattet habe, daß die sozialdemokratischen Prinzipien gewahrt würden. Zugleich konstatiert die Resolution, daß die Meinungsverschiedenheit sich nicht nur auf die lokalen Fragen, sondern auch auf die gesamte politische Haltung erstreckt hat. Zum Schlus drückt die Fraktion ihr Bedauern aus, daß sich mehrmals der Wahlkampagnen mitglieder nicht genügend feststellen lassen ließen, die als Konservativen und die Tatsack der Sozialdemokratie nicht mit der genugenden Genauigkeit erkannt haben.

Peru.

Die peruanische Revolution.

Leben, 30. Juni. Die Kontrolle von England und Russland, die den Verlust machen, den Vormarsch der Sozialisten auf Leben aufzuhalten, sind unverrichteter Dinge zurückgeworfen. Alle Streitigkeiten, die zwischen den Führern der russischen gegeben hatten, seien beigelegt worden. Die Sozialisten legen ihren Anmarsch auf die Hauptstadt fort: sie haben etwa 1900 bis 2000 Männer.

Marocco.

Die inneren Wirren.

Tanger, 30. Juni. Aus der eingetroffenen Nachrichten begaben sich am 15. Juni zwischen der Mahalla des Sultans und den Truppen des Residenten zu einem direkten schweren Kampf im Gebiet des Sultans gekommen ist. Die etwa 2500 Mann starken Sultanstruppen wurden besiegt, sich bis nach Lemta, das unsichere 1½ Stunden von Tanger entfernt liegt, zurückzuziehen. Die christlichen Truppen standen unter dem Befehl des Vakha Abdellatif ibn Yusef, während die Truppen des Moghi, die reiche Unterstützung von dem Stamm der Ottomäen erhalten, von einem Eliten des Stammes beschlagen wurden. In Tanger treffen zahlreiche Glühlinge mit ihrer Habs ein.

Tanger, 30. Juni. Der Moghi beabsichtigt durch Einigung der Sultane unter seiner Befehl zu große Macht zu erhalten, daß es ihm möglich ist, die Landeshauptstadt von der Lebensmittelzufuhr ganz abzuschneiden und die Bewohner so zu bringen, auf seine Wünsche einzugehen.

Volkswirtschaft.

ro. Ausländisches Obst wird in steigendem Maße auf den deutschen Markt gebracht. Vor allem hat der Import von Apfeln einen außerst stattlichen Umsatz erreicht. Es wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 1890 607 Doppelzentner frische Apfeln eingeführt gegen nur 127 876 Doppelzentner in der Parallelzeit 1908. Im Jahre 1907 war die Apfelmehrheit noch kleiner gewesen; damals waren in den Monaten Januar bis Mai erst 85 806 Doppelzentner eingeführt worden. Gegenüber domino ist sich also der Apfelinport mehr als verdoppelt. Dabei haben sich in der Bedienung durch die einzelnen Länder erhebliche Verschiebungen vollzogen. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika, die vor zwei Jahren bedeutende Mengen frischer Apfel nach Deutschland banden, in letzter Zeit ganz erheblich geringere Quantitäten geliefert. Während wir in den ersten fünf Monaten 1907 40 614 Doppelzentner amerikanischer Apfel einfuhren, bezogen wir 1908 immerhin noch 31 604. Heute aber fanden in der Parallelzeit nur noch 7692 Doppelzentner Apfel aus Amerika auf den deutschen Markt. Ebenso hat die Kaufmacht italienischer Apfel stark nachgelassen. Die Einfuhr, die von Januar bis Mai 1908 54 855 Doppelzentner betrug, stellt sich in diesem Jahre auf nicht mehr als 4906 Doppelzentner. Demgegenüber weichen aber sowohl Belgien und Frankreich als auch Österreich-Ungarn beträchtliche Summen auf; aus Belgien führten wir in diesem Jahre 43 245 Doppelzentner frischer Apfel ein gegen 8 983 im Vorjahr, aus Frankreich 32 103 gegen 247, aus Österreich-Ungarn 64 971 gegen 7096 Doppelzentner. Auch die Schweiz ist noch mit einem kräftigen Einfuhr schweizerischer Apfel nach Deutschland aus.

Der Schatz ist noch mit einem kräftigen Einfuhr schweizerischer Apfel nach Deutschland bezifferte sich in den ersten 5 Monaten auf 15 308 Doppelzentner gegen 8359. Sie hat sich fast verdreifacht. Außer der Einfuhr von frischen Apfeln hat aber auch die Einfuhr von Birnen sowie von Erdbeeren stark zugenommen. Frische Erdbeeren wurden in einer Menge von 6068 Doppelzentner importiert gegen 2000 Doppelzentner 1908. Sowohl Frankreich als die Niederlande sind an dem Plus der Einfuhr beteiligt. Die Einfuhr von Weintrauben hat ebenfalls zugenommen. Sie stellte sich auf 9 650 Doppelzentner gegen 8251 in der Parallelzeit 1908. Hoher Preis kam in den ersten fünf Monaten in einer Menge von 14 595 Doppelzentnern herein, während die Einfuhr in der Parallelzeit 1908 erst 13 586 Doppelzentner betragen hatte. Mit einer starken Einfuhrsteigerung sind ferner noch Waldpflaumen zu nennen. Die Einfuhr von Waldpflaumen begnügte sich nämlich in der Parallelzeit 1908 auf 177 801 Doppelzentner gegen 93 488 in der entsprechenden Zeit 1908. Von den importierenden Ländern haben speziell Frankreich und Serbien, in etwas weniger starkem Maße Österreich-Ungarn die Einfuhr angepeinnt.

Parteiangelegenheiten.

Personalien.

Aus der Redaktion der Mecklenburgischen Volkszeitung in Rostock ist der Genosse Bruno Kühl ausgetreten, der seit September 1905 an dem Rostocker Parteiorgan tätig war. Genosse Kühl ist nach Leipzig verzogen. — In die Redaktion der Brandenburger Zeitung tritt als Nachfolger des aus Hamburger Echo gehenden Genossen Werner des Genossen Andreas Strömski, der bisher vertretungsweise in der Redaktion der Rheinischen Zeitung zu Köln tätig war.

Beides letztes Wort zu den Gesetzen der Soz. Monatshefte.

Im Vorwärts veröffentlicht Genosse Weibel noch folgende Erklärung:

Der Genosse Krona macht mir den Vorwurf, daß ich die Frankfurter Wörter, obgleich sie mir schon seit 1907 bekannt gewesen seien, nicht früher zur Sprache brachte, wenn ich sie für bedenklich hielt.

Sie habe geschwiegen, weil ich keinen Parteistreit hervorruhen wollte. Ich habe auch noch geschwiegen, als im letzten Sommer ein Teil der Parteidokumente die Anklage gegen die S. W. erhob. Sie hatten Geld aus bürgerlichen Händen empfangen und die S. W. die Richtigkeit dieser Anklage bestritten.

Als dann aber fühlte, ohne mein Zutun und ohne mein Vorwissen, die Beiträge des Volkszeitung und der Vorwärts die Anklage gegen die S. W. von neuem erhoben und die leichten wiederum die Richtigkeit dieser Anklagen bestritten, hielt ich mich im Parteitribunal für verpflichtet zu sagen, was ich wußte, um festzustellen, was Wahres an diesen Anklagen ist. Dieses meine Stellung zu der Angelegenheit.

Der Genosse Krona erhebt dann gegen den Parteidokumenten den Vorwurf, daß dieser er abgelehnt, die Wörter der S. W. zu prüfen, um dem sinnlosen Gerücht von dem bürgerlichen Unternehmen ein Ende zu bereiten.

Sie habe mir jenes Beschluß des Parteidokumentes nicht teilgenommen, aber ich billigte ihn.

Der Parteidokument hat sich vernünftig, ohne mein Zutun und ohne mein Vorwissen, die Beiträge des Volkszeitung und der Vorwärts die Anklage gegen die S. W. von neuem erhoben und die leichten wiederum die Richtigkeit dieser Anklagen bestritten, hielt ich mich im Parteitribunal für verpflichtet zu sagen, was ich wußte, um festzustellen, was Wahres an diesen Anklagen ist. Dieses meine Stellung zu der Angelegenheit.

Der Genosse Krona bestätigt, daß der Name des verstorbenen Hallgarten öffentlich als Geber für die S. W. genannt wurde. Es war, irre ich nicht, die Frankfurter Volksstimme, die den auf allen Lippen liegenden Namen nannte. Damit hat die Volksstimme sein Recht getan. Wer in politische Dinge sich einläßt, muß auch die Konsequenzen tragen. Außerdem ist das Verlangen der S. W. sogar verpflichtet, da sie nicht auf einen ungünstigen Fall antworten lassen durfte, durch den die Namen der Geber bekannt wurden.

Der Genosse Krona bestätigt, daß der Name des verstorbenen

Genossen Mundt erklärte, daß meine Gedanken um die Partei sie hinderten, mir mit der gewöhnlichen Scharfe zu antworten. Ich bedauere diese Rudelshäme, auf die ich keinen Einpruch erhebe. Wie ich mich Leben lang gegen keine Person Rücksicht genommen habe, sei sie, wie sie will, wenn ich das im Interesse der Partei für nötig erachte — die Partei aber ist ein Verbindliches — so würde ich auch, doch man mir gedacht handle. Es handelt sich auch nicht um böswilligen Maffel, dem ich keine Autorität leihen sollte, sondern um feststehende Tatsachen, die Männer verbürgen, deren Glaubwürdigkeit ich über die der Genossen Mundt stelle. Die Liste besteht auch mal bloß aus den Namen Hollgarten, Berlin und Dr. Adeler, sondern es handelt auf derselben auch die anderen Namen, die ich Ihnen nannte, und noch eine Anzahl Namen, die mir nicht genannt wurden, die sich aber freilich lassen.

Die Genossen Mundt bestätigt ferner über meine Unhöflichkeit, daß ich die große Unhöflichkeit und Lüge vorgeworfen. Sie hat recht, ich hätte etwas höflicher mich ausdrücken sollen, aber höchst kann ich nichts zurücknehmen von dem, was ich gesagt habe.

In militärischer Entrüstung schlägt sie ihre Entlastung: „Der Zweck der Freiheit ist klar. Sie gereift ihren Nachbarn und Brüder nicht gut.“

Die Genossen Mundt verfügt sich. Nur mich hat die „Freiheit“ feinen anderen Zweck, als endlich einmal die Wahrheit festzustellen. Und die Wahrheit ist, daß die Genossen Mundt im Jahre 1906, im Einverständnis mit dem Verleger des S. W., nach Frankfurt a. M. reiste und dort eine Reihe bürgerlicher Persönlichkeiten besuchte, um Geld für die S. W. zu erlangen.

An dieser Tatsache ändern alle gegenwärtigen Versicherungen nichts. Ob die Genossen Mundt nicht bei diesem Bittgang viel oder wenig nichts erlangte, ist vollständig gleichgültig. Die Feststellung der Tatsache, daß ein sozialistisches Blatt die Hilfe bürgerlicher Politiker für seine weitere Existenz in Anspruch zu nehmen versucht, genügt.

Auch wegen des Scheiters, den die Partei aus solchen Gründen haben soll, sei die Genossen Mundt unbefangen. Die Erklärung unangenehmer Tatsachen kann der Partei nicht schaden; die Verantwortung aber tragen die, die sie verschuldeten.

Wetterbericht von der Wetterküste an der Augustusbrücke am 1. Juli, mittags 12 Uhr.

Barometer: 745. Regen, Wind.

Thermometer: +13° R.

Thermometropunkt: Min. +10, Maxim. +13.

Hygrometer: 75°.

Wasserstand: -150. Wasserwärme: +12.

Weiterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 2. Juli 1909.

Mäßige nordöstliche Winde; fühl; Nachlassen des Niederschlages und später Abnahme der Verdunstung.

Dresdner Polizeibericht vom 1. Juli.

Am Mittwoch nachmittag warf sich auf dem Striezelmarkt ein 52 jähriger Gewerkschaftsblößling plötzlich vor einen anfahrenden Straßenbahnmotor, um sich das Leben zu nehmen. Er rutschte, trotzdem er unter den Wagen zu liegen kam, nur geringe Dauabstürzungen.

Heftiggenommen wurde der Schloßhering aus Weiß, der seit Herbst v. J. wiederholts Fahrrader gestohlen, so umgearbeitet und sodann weiter verkaufte hat. Die Räuber dieser Fahrräder gehörten, die Fahrräder werden erachtet, sich in der Kriminalabteilung zu melde.

Nach Mittwoch eines Brückenbauarbeits ist in der Nähe zum Mittwoch gegen 12 Uhr ein unbekannter Mann, mit dunklem Jackenanzug bekleidet, von der Unterführung in die Elbe geflossen. Wie der Steuermann eines Arbeitsschiffes dann beobachtet hat, ist der Mann etwa 50 Meter weit auf der Oberfläche fortgetrieben, dann aber, nachdem ihm Hilfe gebracht werden konnte, in den Fluten verschwunden.

Letzte Telegramme.

Sie mögen ihn nicht.

Bunzlau, 1. Juli. Nicht nur die Bunzlauer Lehrer und Professoren, sondern auch der Bürgerverein hat gegen die Abberatung der Leitung des Bunzlauer Gymnasiums und Direktor Dr. Bleis auf Einen Protest erhoben.

Örtliche Schießübungen.

Paris, 1. Juli. Aus Toulon wird berichtet, daß die Mannschaft des 8. Kolonial-Artillerieregiments, die Schießübungen von der Batterie St. Marguerite aus vornahm, irrtümlich einen Schleppdampfer beschossen hat, der ernstliche Beschädigungen erlitten. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat dem Echo de Paris folgende ergeben, daß einige von den Artilleristen betrunken gewesen.

In russischen Gefängnissen.

Petersburg, 1. Juli. Im Gefangenengefängnis von Wilna hat eine Revolte der dort internierten Gefangenen stattgefunden. Mehrere Gefängnisbeamte und Gefangenenaufseher wurden von den Gefangenen gestochen. Beim Einschreiten des Militärs wurden 11 Gefangene erschossen, eine große Anzahl verwundet.

Anwendung der Antitrustgesetze.

Jackson (Mississippi), 30. Juni. Der Distriktsgericht hat an den Verwaltungsgerichtshof von Clay County das Recht um eine bauende Verordnung gerichtet, durch das die Standard Oil Company verhindert werden soll, im Staat Mississippi Geschäfte zu machen. Gleichzeitig wird die Auferlegung einer Geldstrafe im Gesamtbetrag von 11 Millionen Dollar gegen die Standard Oil Company auf Grund der Antitrustgesetze des Senates Mississippi gefordert.

Öffentliche politische Versammlungen!

Sieben Volks-Versammlungen

die sich mit dem Thema

Bankrott der Block-Politik

beschäftigen werden, finden statt;

Donnerstag den 1. Juli, abends 9 Uhr

im Kristallpalast, Schäferstraße Nr. 45, und in den Blumensälen, Blumenstraße Nr. 48

Freitag den 2. Juli, abends 9 Uhr

in folgenden Lokalen:

Reichskrone, Bischofsweg; Watzkes Etablissement, Mitten; Drei-Kaiser-Hof in Löbtau
Gasthof in Briesnitz und Deutsches Haus in Potschappel.

Referenten:

Buck, Fleissner, Dr. Gradnauer, Grötzsch, Menke, Riem, Sindermann.

Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Arbeiter! Bürger! Männer und Frauen! Ernst ist die politische Situation und schwer sind die Lasten, die dem arbeitenden Volke vom alten und neuen Block aufgeburdet werden. Zerschrenheit herrscht in den Regierungskreisen und vollständige Ratlosigkeit bei den bürgerlichen Parteien! Frech und unverschämt erhebt die Reaktion ihr Haupt! Angeichts dieser trostlosen Zustände gilt es, die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen. Es scheint deshalb in großen Massen in diesen Versammlungen und protestiert gegen Unrecht und Unterdrückung!

Die Einberufer:

Robert Wirth, Helgolandstr. 10; Gustav Riem, Schäferstr. 40; Max Hartwig, Lübecker Straße 11; Hermann Kahmann, Döhren 77g.

Soz. Verein Dresden-Altst.

Freitag den 2. Juli, abends 9 Uhr

Kreismitgliederversammlung

im Saale des Volkshauses.

Tages-Ordnung:

1. Das neue Landtags-Wahlgesetz.

Referent: Genosse G. Riem.

2. Proklamierung der Landtagskandidaten.

3. Die sächsische Landeskongress in Zittau.

Referent: Genosse K. Sindermann.

4. Wahl der Delegierten.

Mitgliedsbücher sind vorzugeben.

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Dresden u. Umg.

Samstagabend den 10. Juli, abends Punkt 9 Uhr

Wichtige Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Volkshauses, Ritterbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten von der Konferenz der Chemischen und Gummi-Industrie in Frankfurt a. M. 2. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1909.

3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zu jedem Punkt Debatt.

Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen und am Saaleingang vorzuzeigen.
Die Kollegen und Kolleginnen werden zu dieser Versammlung eingeladen und gebeten, pünktlich und vorsichtig zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Gegensteckerei Herren- u. Damen-

Elegance, gut nah., 10 St., und

Kleider

Schuhhaus, gut 35 St., jor-

billig verkauflich.

bilic verkauflich. Preise Et. 12, 2. zu verkaufen. Am Volkshaus 1, 1.

Annenstraße 28, 3.

Robert Siedler, Dresden-Reudnitz,

Uhlen

Verkaufsstelle für den Kaufmann,

Max Richter.

Mainhold Siedler, Dresden.

Brand und Berlogi Fabrik & Comp. Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Donnerstag den 1. Juli 1909.

20. Jahrgang

Nr. 148.

Sächsische Angelegenheiten.

Das Ministerium des Innern gegen die Radikalpolitik.
Die Sächsische gegen die Arbeiterschaft. Das Ministerium des Innern gegen die Radikalpolitik. Die Sächsische gegen die Arbeiterschaft.

Die Sächsische gegen die Arbeiterschaft. Das Ministerium des Innern gegen die Radikalpolitik. Die Sächsische gegen die Arbeiterschaft.

Die Sächsische gegen die Arbeiterschaft. Das Ministerium des Innern gegen die Radikalpolitik. Die Sächsische gegen die Arbeiterschaft.

Bürgerliche Landtagskandidaten. Am 24. ländlichen Wahlkreis (Dresden-Land) wurde von den Nationalliberalen Kaufmann Max Kunze-Nieberlitz (Mitglieder der Bankfirma Al. Kunze u. Co. in Dresden) als Kandidat ausgewählt.

Baugenossenschaften für Angestellte und Arbeiter der Sächsischen Staatsbahnen.

M. Die Arbeiter-Pensionskasse der Sächsischen Staatsbahnen hat zu erkennen gegeben, daß sie Baugenossenschaften im Betriebe der Sächsischen Staatsbahnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter mit Kapital zu billigem Einsatz unterstützen will. Die Kasse verfügt zurzeit über ein Vermögen von 187, Mill. M. Vor einigen Jahren gab sie sich selbst mit dem Bau von Arbeitshäusern ab. Darauf ist sie jedoch auf Einpruch der Hausbesitzervereine abgekommen. Nun wollen die Arbeiter der Staatsbahnen den neu gezeichneten Weg beschreiten. In Chemnitz beschäftigte sich eine stark besuchte Eisenbahnerversammlung mit dem Plane. Sie legte eine aus acht Mann bestehende Kommission ein, die sie mit den notwendigen Voraussetzungen beauftragte.

Neue Ortskrankenkasse mit befürchteter Geldstrafe.

In Gehege im Erzgebirge, einer Stadt von fast 7000 Einwohnern, kämpfen die Arbeiter mehrere Jahre um die Errichtung einer Ortskrankenkasse. Mehr wie ein Dutzend Besuche sind deshalb an den Stadtrat und die Kreishauptmannschaft gerichtet worden. Im vorigen Jahre endlich gaben die befragten Unternehmer und das Stadtoberhauptenkollegium die Zustimmung zu der Errichtung der Kasse unter der Voraussetzung, daß der Geschäftsführer der neuen Ortskrankenkasse vom Stadtrat angestellt wird. Gegen das mit einer dahingehenden Bestimmung vom Stadtoberhauptenkollegium aufgestellte Kostenstatut erhoben unsre Partei genossen Einpruch bei der Kreishauptmannschaft. Dieselbe versuchte zwar auch zunächst die Stadtvertretung zu einer anderen Stellung zu bestimmen, als daß über schriftlich, wie für die Genossen unseres Genossen zurück. Eine Beschwerde an das Ministerium des Innern hatte keinen andern Erfolg. Dasselbe lagt in seiner Entscheidung, daß die aufgenommene Bestimmung nicht gegen das Krankenversicherungsgesetz verstößt, da es sich bei der erstmals Einlegung des Beamten nicht um eine dauernde, sondern um eine vorübergehende Einrichtung handle. (Wir sind darüber natürlich ganz anderer Meinung.) Nach diesen ganzen Vorgängen wird nun die Kasse am 1. Juli 1909 ins Leben treten mit einem vom Stadtrat eingesetzten Verwalter. In den letzten Tagen haben bereits die Wahlen der Vertreter zur Generalversammlung stattgefunden. Die Unternehmer brachten im letzten Augenblick eine Liste "nationaler" Arbeiter-Kandidaten, die aber glänzend durchfiel. Die vom Gewerkschaftsrat vorgeschlagenen Vertreter wurden mit großer Mehrheit gewählt. Bei der darauf vorgenommenen Wahl der Vorstandsmitglieder siegte ebenfalls die Liste des Kartells. Zum Vorsitzenden der Kasse wurde Genosse Schün gewählt, der aber ablehnte, worauf Genosse Demmler gewählt wurde.

Die befürchtete Selbstverwaltung muß sich der Kassenvorstand vorläufig fügen. Nachdem die Kasse tatsächlich ins Leben getreten ist, besteht natürlich nicht das geringste Hindernis, daß sie in Frage kommende statutarische Bestimmung von der Generalversammlung gefordert wird. Die Genehmigung hierzu könnte die Behörde nicht verjagen. zunächst hat aber die Kassenverwaltung eine Reihe anderer Arbeiten, denn die seitige Gemeindesicherung am Orte ließ sehr viel zu wünschen übrig.

Die Generalversammlung des Sächsischen Landesverbandes für Volksbildung

fand am 26. und 27. Juni in Oelsnitz-E. statt. Als öffentliche Veranstaltung fand am Sonnabend im Helm ein Unterhaltungsbabend statt. Das Gebotene war wirklich gut, auch wurde vermieden, Unverständige zu provozieren. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Justizrat Dr. Genzel-Delitzsch, und der neue Vorsitzende des Verbandes, Generalsekretär Janzen-Wallin, hielten Auftritten und beleuchteten die Ziele des Verbandes. Hauptsächlich die Ausführungen des letzteren berührten, sehr sympathisch. Er empfahl da, wo bereits Bibliotheken vorhanden, die Einführung von Volksunterhaltungsabenden, die aber keinerlei Tendenzen verfolgen dürfen, sondern ohne Rücksicht auf jene die Verhältnisse und religiöse oder politische Ansichten freie zu müssen für jedermann. Am Sonntag vormittag fand dann die Generalversammlung des Verbandes im Ratskeller statt. Der Sprecher, Schuldirektor Dr. Möhl-Delitzsch gab den Geschäfts- und Finanzbericht. Zu der Tagung waren 20 Orte mit ca. 50 Vertretern erschienen. Der Verband zählt 400 Körperschaften und 500 Einzelvereine als fördernde Mitglieder. Der Jahresbeitrag der Körperschaften beträgt 6 M., während der der Einzelvereine ihr Beleben des Gewesens nicht. Die Gesamteinnahme beträgt circa 7700 M., die

Ausgabe 7200 M. Die Ausgaben des Verbandes bestehen in Gründungen und Unterstützungen von Volksbibliotheken, Schenkungen von Büchern zu Prämienziecken, Vermittlung und Unterstützung guter Vorstände, Ermöglichung guter Theatervorstellungen usw. Als Vorort wird Leipzig wieder gewählt. Im Anschluß daran hält Professor Dr. Barth-Lipps einen Vortrag über Die wahren geistigen Werte. Wie sind der ganzen Sache mit der größten Ausmechanik geholt, um zu sehen, ob für die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft dabei noch etwas zu lernen sei, und wie konstatiert, daß dies nicht der Fall ist. Alles, was die Herren zur Hebung der Volksbildung empfehlen, ist bei uns schon längst im Flusse.

Die persönliche Freiheit der Herze in Sachsen.

Bezeichnend für den Zustand, in dem die Herze durch die "Standesordnungen" hindringen, ist eine in den letzten Tagen ergangene Entscheidung des örtlichen Ehrengerichtshofes für das Königreich Sachsen. Ein Arzt hatte an seinem Hause für das Königreich Sachsen. Ein Arzt hatte an seinem Hause einige Schilde anbringen lassen, was nach der Ansicht seiner "Collegen" standesuntwidrig sein sollte. Es wurde ihm deshalb vom örtlichen Ehrengericht der zuständigen Kreishauptmannschaft eine Strafe auferlegt. Hiergegen legte er bei dem örtlichen Ehrengerichtshof für das Königreich Sachsen Berufung ein. Dabei stützte er sich darauf, daß ihm noch gar nicht aufgegeben worden sei, die Schilder zu entfernen, er also von der "Standesuntwidrigkeit" der Anbringung keine Kenntnis habe. Das half ihm aber nichts: er wurde ebenfalls verurteilt.

Nicht die sozialdemokratischen Ortskrankenkassen vorstände sind es, die die Herze trüben, sondern ihre eigene sogenannte Standesorganisation ist es. Krause Beispiele sind dafür in Wasse schon beigebracht worden.

Die Ursachen der Deutonot auf dem Lande.

Schon oft ist von uns an der Hand von Beispielen darauf hingewiesen worden, daß die Schuld an der vielfach geübten Deutonot auf dem Lande nicht zuletzt bei den Gußbesitzern selbst zu suchen ist. Die Herren wollen eben nicht glauben, daß die Zahl derer, die sich bei schwerer Arbeit geringen Lohn, schlechte Behandlung und schließlich auch noch mangelhafte Versorgung bieten läßt, immer mehr abnimmt. Genaugen Weleg dafür finden wir im Jahresbericht des Reichs-Arbeitsgerichts. Es heißt dort:

"Die 14 Jahre alte Dienstmaigr. W. war bei einem Gußbetrieb in B., der zugleich Gemeindevorstand ist, in Stellung. Das Mädchen sollte mit einer 21-jährigen Magd, die im gleichen Dienste stand, in ein und demselben Bett schlafen. Dieses zu tun, weigerte sich jedoch die W. und verließ den Dienst. Daraufhin erhielt sie ein Strafmandat über 30 Mark wegen eigenmächtigen Verlassens des Dienstes, ohne einen gesetzlichen Grund hierzu gehabt zu haben. Außerdem weigerte sich der Bauer, ihr das Dienstbuch und den bereits illigen Lohn auszuhändigen. Der Bauer der W. verklagte hierauf den Gußbesitzer. In der Gerichtsverhandlung vom 5. August 1908 bringt das Mädchen weiter vor, daß dem Dienstpersonal Minelkrüppelblätter als Gußkohle vorgelegt wurden und ein in einem Wassertrichter verdeckter Kahn auf den Mittagstisch gesommen sei. Beweiswert und Reizvoll erregend war die Entgegnung des Bauern. Er sagte: Als ich noch Junglinge war, habe ich mit dem Pferdejungen ebenfalls in einem Bett schlafen müssen und hat mir nichts geschadet. Minelkrüppelblätter seien ein sehr vorzügliches Gericht und der erfassende Kahn sei von ihm selbst gegeben worden. Das Gericht erkannte jedoch an, daß Grund zum vorzeitigen Verlassen des Dienstes vorgelegen habe. Dienstbuch und Lohn mußten deshalb ausgehändigt werden und auch das Strafmandat wurde zurückgezogen."

kleine sächsische Nachrichten. Das Dresden Journal verbreitete abgedruckten Polizeiminister v. Hohenbal einen politischen Nekrolog, von dem io stellte das Gegenteil von dem richtig ist, was darin gesagt wird. — Der König von Sachsen macht gegenwärtig durch das Erzgebirge eine Automobilfahrt, bei der er es an fehlende Empfindungen, Unpräzision und weichscheideiden Mädeln u. v. nicht fehlt. Die wirkliche Lage der sächsischen Erzbergbewohner, die wahrscheinlich keine bessereweise ist, dürfte er dabei kaum kennen lernen. — Die Sendarmisten ergraben anstatt der Dampfklinke jetzt eine sogen. Dienstbikole. Diese enthält neben Schülern. Wenn da Sachen nicht ruhig loslassen kann... — Der S. Verbandsitag der Saal. im Käbel in Königreich Sachsen findet vom 18.-20. August in Zwönitz statt. — Der neue Kreishauptmann von Dresden-Mitsch, Dr. Arnold Streit, bisher Regierungsrat im Ministerium des Innern, trat bei der Amt an. — Die Jahresversammlung des Vereins Sächsischer Schuldirektoren in Chemnitz forderte u. a. die Errichtung von obligatorischen Fortbildungskursen für Mädchen als dringende Notwendigkeit.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In Doberschütz bei Leisnig brach das Gewölbe des Stalles des Gutsbesitzers Dörring teilweise zusammen und verschüttete seinen Arbeitern. Alle wurden erheblich verletzt. Der am schwersten Verletzte, der Maurer Kannenberg aus Leisnig, der beide Hände gebrochen hat, mußte mittels Sichtboden dem Leidiger Krankenwagen gegeben werden. Die anderen Verletzten (Maurer u. v.) befinden sich in heutlicher Pflege. — In der Dampfklinik in Zwönitz bei Dörring saß sich der Biegelstreiter Schulz auf den Blößen eines Trockenraums, um auszuruhen. Der Polizei gab nach und der Arbeitsschüler löste so unglücklich, daß er sich schweren Verletzungen zog, denen er erlag. — Die vor zehn Jahren auf über 1 Millionen tragende Lehranstalt in Bischöpfau, die jetzt auf 442 000 M. heruntergegangen ist, und dem Bauunternehmer Lorenz u. Kluge G. m. b. H. als Hochstiege zu zugeschlagen worden. — Die in Bischöpfau vorgenommenen Ladenschließungen beklagten sich auf zwei Häuser. Der 17-jährige Reichsdiener Reinhardt in Plauen i. B. vergaß sich mit Bechtopf. Er hatte eine Schultrester erhalten.

Stadt-Chronik.

Nein Boykott!

Ein interessantes Urteil ist jüngst vom Oberlandesgericht gefällt worden. Es handelt sich um die Veröffentlichung von Firmen, die gegen die Prinzipien von öffentlichen Interessen vertretenen Korporationen verschlossen hatten. Während noch der Judikatur des Oberlandesgerichts und der Auffassung der Staatsanwaltschaft durch vorortige Verdächtigungen der freie Gewerbebetrieb beeinträchtigt wird und ähnliche Publikationen als strafbarer Boykott angesehen und bestraft wurden, ist jetzt in einer ähnlichen Sache ein von der bisherigen Form abweichendes Urteil herausgekommen. Am 17. Dezember v. J. erhielt den Dresdner Nachrichten ein Urteil des Vereins gegen Unternehmen in dieser nach ihrer Behauptung nichts von der Absicht des Wiederauf-

Handel und Gewerbe. Unter der Überschrift: Aussklärung wurde bekanntgegeben, daß eine große Anzahl Firmen in Zukunft den Wirtschaftsvereinungen keine Aborte mehr beüben würden. Nur einige Firmen hätten sich von diesem Vorgehen ausgeschlossen. Zum Schluss wurden einige der beteiligten Geschäftsfleute öffentlich genannt.

Wegen dieses Urteils wurde sowohl der Verfasser, Stedt, Rechtsanwalt Kohlmann, der Vorsitzende des Vereins, als auch der verantwortliche Redakteur der Dresdner Nachrichten, Lemke, auf Grund der Polizeiverordnung vom 29. Mai 1894 angeklagt. Diese Verordnung ist ein Pendant zur Gewerbeordnung und soll den im § 1 festgelegten "freien Gewerbebetrieb sichern". Die Annonce Kohlmanns wurde als eine Beleidigung des Gewerbebetriebs angesehen. Das Schöffengericht sprach beide Angeklagten jedoch frei. Eine Befolgerung der veröffentlichten Firmen sei von den Angeklagten weiter bedingt noch erreicht, das Publikum nicht aufgefordert werden, nichts zu kaufen. Das ergab sich schon aus der ganzen Fassung des Urteils. Die Staatsanwaltschaft wendete sich, gestützt auf die bisherige Rechtsprechung des Oberlandesgerichts, aus Landgericht, das jedoch die Verurteilung verworf. Zur Herbeiführung einer prinzipiellen Entscheidung suchte die Staatsanwaltschaft dieses Urteil beim Oberlandesgericht an. In dem Urteil sei eine indirekte Aufforderung zum Boykott der beliebten Redaktion bei ähnlichen sozialdemokratischen Publikationen enthalten gewesen. Die Polizeiverordnung sei zum Schutz der im § 1 der Gewerbeordnung festgelegten Gewerbefreiheit erlassen worden und auch auf den konkreten Fall anwendbar. Das Oberlandesgericht habe früher bereits entschieden, daß die Verordnung bei derartigen Publikationen herangezogen werden könne.

Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen. In einer Erörterung der Frage, ob die Polizeiverordnung für den konkreten Fall Rechtskraft besitzt, setzt der Strafenant gar nicht eingetreten. Es wurde ausdrücklich erwähnt: ob die Verordnung rechtmäßig ist, wenn öffentlich gewarnt wird, bei Firmen zu kaufen, oder ob der Boykott in diesem Falle zu den erlaubten Kampfmitteln gehört, ist nicht erörtert worden. Rechtmäßig für den konkreten Fall sei die Tatsache, daß es an einer Aufforderung fehle, wie die Polizeiverordnung sie voraussetze. Auch eine stillschweigende oder indirekte Aufforderung sei aus der Annonce nicht heranzulegen, ebenso wie ein solches von der Vorlesung festgestellt worden.

Es ist gar kein Zweifel, daß diese Entscheidung des Oberlandesgerichts keinen früheren in gleichen Fällen direkt entgegengesetzt. Auch die Staatsanwaltschaft hat sich in ihrem Vorgehen auf die bisherige Praxis des höchsten sächsischen Gerichtshofs gestützt. Freilich waren es bis dato nur immer Sozialdemokraten, die von Staatsanwalt und Richter in den Fällen jener Polizeiverordnung gefangen wurden. Unglücks unserer Genossen sind wegen viel harmloserer Aufforderung zum Boykott, als sie jenes Urteil der Dresdner Nachrichten enthält, schrankenlos von allen Instanzen verknallt worden. Wie oft zum Beispiel unsere Revolutionäre wegen der einfachen Prätention, daß der oder jener Gutsbesitzer den Arbeitern zu Vergesammlungen nicht mehr zur Verfügung steht. Im ersten Falle, wo bürgerliche Elemente in die gleiche Lage kommen, und ein Staatsanwalt so naiv ist, auch sie wie die Sozialdemokraten zu behandeln und anzuladen, — in diesem ersten Falle verzögert die bisherige Praxis, wird sie ungezogen.

Wir freuen uns über diese neuzeitliche, loyale Antwendung der von uns immer befürworteten Boykott-Verordnung und geben — da ja wohl gleiches Recht für alle herrschen soll — der selbstverständlichen Erwartung Raum, daß von nun an auch Sozialdemokraten auf Freisprechung rechnen können, wenn sie in gleichartigen Fällen angeklagt sind.

Dienstbotenklauerei.

Das heilige Schöffengericht verhandelte gestern über einen empörenden Fall unverantwortlicher Handlungswise gegen ein junges Dienstmädchen. Noch mehr aber muß das Rechtmessfinden eines Menschen der Ausgang der Verhandlung verlegen. Ein 15-jähriges Dienstmädchen ging zu einer Frau vertrüweten Reichtum in Nadelbusch, Kaiser-Friedrich-Allee 12, in Stellung. Die Behandlung dadurch konnte das Mädchen auf die Dauer nicht ertragen, und so wurde das Dienstverhältnis für ultimo Februar dieses Jahres gekündigt. Während der Kundigungsschrift kam es wie so oft schon vorher eines Tages wieder zu Disziplinen. Die Arbeit des Dienstmädchen war der Herrlichkeit nicht gut genug verrichtet. Das Dienstmädchen antwortete schließlich: "Sie treiben es auf die Spieße, das halte ich nicht mehr aus, ich gehe jetzt!" Darauf begab sich das Mädchen aus dem Wochshauses in eine Kammer und kleidete sich an, um sich bei der Polizei über die Behandlung zu beschweren. Währenddessen aber hollossen die Dienstherrin und ihre Tochter die Hausschlüsse zu, damit das Mädchen an der Ausführung seiner Absicht verhindert würde. Als das Mädchen Hoffnung der Türe verlangte, wurde ihm das verweigert mit der Bedeutung, es solle an seine Arbeit gehen. Die Gefangenhaltung regte das Mädchen manchmal auf, es rüttelte an der Tür und verlangte wiederholt, hinausgelassen zu werden — umsonst. Die Aufregung steigerte sich mehr und mehr und arbeitete in Schreien und Toben aus, dann stieg das Mädchen in verzweifelter Stimmung auf das Dach und sprang hinunter. Gestochen wurden Verleihungen ließ es liegen und mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Die Dienstherrin und ihre Tochter hatten sich nun wegen Mavigung zu verantworten. Das unglückliche Mädchen, das sich noch jetzt nur mühsam fortbewegen kann und wahrscheinlich ihr Leben lang an den Folgen des verzweifelten Straffens zu tragen haben wird, wurde als Zeugin vernommen. Die Angeklagten wollen nicht gewußt haben, daß das Mädchen zur Polizei gehen wollte. Dann hätten sie es aber für ihre Pflicht gehalten, es gewollt zurückzuhalten, weil — draußen saß es. Weiter war und das Mädchen sich ein Bett anzuheben konnte. Das Gericht, unter Vorsitz des Herren Amtsrichters Möntz, erkannte denn auch auf Freisprechung der beiden Angeklagten. Nach deren Darstellung, der allein das Gericht Glauben beimaß, hätten die Dienstherrin und ihre Tochter in „Scheitigkeiten Selbsthilfe“ gehandelt. Ein Dienstbote, daß nämlich nach § 29 der Gesetzesordnung die Wohnung der Herrlichkeit in Dresden nach ihrer Behauptung nichts von der Absicht des Wiederau-

Die Zeit
mit dem J.
halten haben.
hohen Fahrtzeiten
die Zeitperiode
verbund auf e
gleich im G
wertshafte in
innerhalb 10 J
leben. Temporä
1905 brachte d
am Schuljahr 1
beide 6899 a
heute die Ha
auch auf der
auch mancherl
mit einem G
dass die Mode
eingang, um
hätzung der S
wurden, wurde
1902 Abmelde
unter Wiede
Provinz gän
Jahrehergeben
lichen Verhältn
in den letzten
ung der an
bei den Bevo
berühmten Ver
1912 erfolgte
12 mit einer
Befreiung, das
dass in dieser
werden wohlt
Ausprägung Ma
genossen. Be
der Betrieb m
dann waren
555 Personen
verloren. So
5200 M. Zoll
triebe mit 9
Zarifzetteln
braucht. Für
den 113 000
nahme von
der Verband
Finanzabteilung
von 102 000
Berichtsperso
nale für die
die Reichs
Der 1
29 Zollstellen
bekannt von
hat die un
schuldt. —
beleben, da
Nürnberg follegen ei
den konnt
Siegerleiter
Landschulde
Donaudorf.
Mit nur
Müden der
erspricht

(die Polizei um Hilfe anzuhalten) gewusst habe, war die Herrschaft zur Aufrechterhaltung des Wohlstands berechtigt. Aber auch subjektiv leanten sich die Angeklagten für berechtigt halten, das Mädchen am Fortgehen zu verhindern, weil es zu ausgeregt war. (Dass die Rechtfertigungsrede gerade die Ursache der Auseinandersetzung war, ließen man nicht berücksichtigt zu haben.) Bedeutsam war, dass dieser außerordentlich betreibende Verhandlung, dass auch der Amtsbeamte als Verteidiger für die "Dienstherrin" und ihre Tochter auftrat und keinen Antrag auf Bestrafung stellte.

Stellenvermittlung-Humbug.

In Chemnitz a. d. Nahr hat ein Verband, der sich Reform nennt und einen Stellenmarkt gleichen Namens regelmässig eröffneten lässt, sein Domizil. In allen Teilen des Reiches, besonders in den Städten, hat er Vertreter, die sich in der Hauptstadt an Stellensuchende heran machen und ihnen den Stellenmarkt als Reform zum Abonnement anbieten. 5 M. monatlich, 10 M. vierteljährlich sind zu bezahlen, dann wird der Nachweis zugestellt. Wer sich mit den Vertretern des Verbandes Reform einlässt und durch ihre Stellung erlangen will, muss erst Abonnement der Zeitung werden. Das sieht aber die Hauptstadt zu sehr. Dehnsalz erholt man diese Überzeugung in der Verhandlung vor dem Chemnitzer Schiedsgericht, in der sich der Chemnitzer Vertreter des genannten Verbandes, Kaufmann Blau, wegen Vergleiches genau die Gewerbeordnung und die entsprechende Verordnung des Stadtrats zu verantworten hatte. Als Zeugen traten ein Handlungsbüro und eine Verkäuferin auf. Die Verkäuferin war ein Abonnement auf die Reform eingegangen und hatte sich 5 Mark abholen lassen, der Handlungsbüro war um den Abonnementbeitrag gewusst und ihm mitgeteilt worden, dass er für sie nichts geschehen könnte, erst müsse er zahlen. Der Inhalt des Arbeitsnachweises erwies sich als wertlos. Beide Stellensuchende haben dann auch Stellung durch ihn und durch Blau nicht erhalten. Das Gericht verurteilte den Beschuldigten als verantwortlichen Leiter der Chemnitzer Filiale des Verbandes zu 40 M. Geldstrafe. Das Gebaren des Verbandes und des Angeklagten wurde in der Urteilsbegründung als ein gemeinschaftliches und der Abonnementbeitrag als eine unzulässige verschleierte Nebengewalt bei Stellenvermittlung bezeichnet.

Der Staat als Erzieher.

Berauscht durch unsere Artikeln an zweien hiesigen Schulen vorgelesenen Kinder-Prügeln wird uns geschrieben: "Es ist eine traurige Tatsache, dass in den Bezirk- und Bürgerschulen häufig in schrecklicher Weise auf die Kinder losgeprügelt wird. Hauptlich haben die Eltern darunter viel zu leiden. Sechs Jahre lang besucht ein Lehrer das Seminar, um sich später oft eines Erziehungsmittel zu bedienen, das mancher Vater verabscheut, weil eine ganz richtige Empfindung ihm sagt, dass es den entwirkt, der an der Emporbildung des Menschenvergleichs zu arbeiten bestimmt ist. Man fragt sich nun beim Lesen und Hören von Schulunterrichtsschändungen: Warum können solche entsetzliche Kinderquälereien geschehen? Antwort: Weil die Lehrer wissen, dass die Kinder die Fülligung der Schule den Eltern meistens verschweigen und zwar aus einer gewissen jährl. Scham. Wie kann nun diesem Unfug der Prügel geheut werden? Antwort: Nur wenn die Eltern Nachforschungen bei ihren Kindern anstellen wegen der Verhandlung in der Schule, und ferner, wenn sie ihre Kinder öfters am ganzen Körper untersuchen und jede entdeckte Misshandlung unverzüglich dem zuständigen Schulrat zur Anzeige bringen. Als Misshandlung gilt schon die geringste Aufzwingung der Muskelpartie. Lauernde Eltern erwarten Abhilfe gegen die Schulprügel vom Staat und von der Gesetzgebung. Das ist verkehrt. Der gehobenden Gewalt muss stets durch eine private Tätigkeit vorgeordnet werden. Die private Tätigkeit liegt aber zunächst allem in den Händen der Eltern und besteht eben in einem täglichen Untersuchen der Kinder und nötigenfalls in der Anzeigestellung. Nur wenn alle Fälle von Misshandlungen zur Anzeige kommen, wird man höhere Orte erreichen, wie notwendig es ist, den Lehrern den Stock zu entziehen, weil sie Misshandlung damit treiben. Was auf hohen Schulen geht, die Kinder zu lehren, ohne zu schlagen, das ist auch in der Volksschule durchführbar. Es ergibt nun an alle Eltern die erste Ermahnung: "Treibt euren Kindern diese falsche Art Scham aus, damit sie euch jede Quälerei offenbarlich gestehen und ihr kommt gegen die rohen Prügelpräparaten vorgehen können." Die Kinder der arbeitenden Klasse sind auch Menschen, und eine menschenwürdige Behandlung ihrer Kinder zu verlangen haben alle Eltern ein Recht. Wer durch die Macht seiner Eltern, seines persönlichen Einflusses auf die Kinder zu wirken verkehrt, bedarf nie der rohen und unpädagogischen Gewalt des Stotes. Der Gebrauch des Stotes ist keineswegs erzieherisch und ist dem Unterricht nicht förderlich, denn dadurch werden die Kinder nur verstört, verdrückt und verängstigt.

Berichtsamt darum euren Kindern dasselbe Recht und denselben Schutz, die die Kinder auf hohen Schulen geniessen!"

Ein angeblicher russischer Flüchtling

freibt sich jetzt in Leipzig umher und sucht bekannte Parteifunktionäre, besonders aber auch Lagerhalter usw. auf, schwärmt ihnen vor, sofort 10 M. oder niedrige Beträge zur Überzeichnung seines russischen Passes zu gebrauchen, damit er sich bei der Polizei anmelden könne. Er beruft sich dabei auf andere bekannte Genossen oder den Parteichefleiter. Diese Person ist ein Schwuler. Es ist der Freiherr Oskar Hermann Jakob Anton, geboren am 23. August 1878 in Döbeln in Sachsen. Er ist von untergezelter Statur und spricht ziemlich geläufig deutsch. Mit der russischen Revolution hat er aber nichts zu tun gehabt. Jetzt hat er etwa ein Jahr im Bemerkungsgericht in Markranstädt als Schlosser gearbeitet, hat Entlassungzeugnis und Einwanderkarte von dort. Seit 3. Juni 1909 arbeitete er als Schlosser bei Prager, Kleinröhrer, Schöneweber Weg, hat aber am 26. Juni aufgehört und sucht wieder mehrere Genossen zu prellen. Er legitimiert sich mit einem russischen Paß Nr. 1017. Diese Nummer steht auf Seite 1, 11, 13, 15, 17 des Paßes, hat aber bereits eine deutsche Überzeichnung in der Hand. Er kennt aber auch andere Namen, deshalb ist dringend Vorsicht geboten.

Da der Schwuler möglicherweise auch in Dresden sein Glück versuchen könnte, warnen wir unsere Parteigenossen vor ihm.

Die Dresdner Rundschau übermittelte uns ein langes Schreiben, in dem sie erklärt, dass sie den Angaben Geza von Wetting, er sei ein legitimer Königsohn, keinen Glauben geschenkt und das in dem Artikel auch zu erkennen gegeben habe. Über den fraglichen Paragraphen des dynastischen Handgebotes habe sie nur Auskunft verlangt.

Wenn die Rundschau selbst diese ganze romanhaftes Geschicht nicht glaubt, dann erscheint ihr Verfahren erst recht als nur sensationelle Geschichtsschreibung.

Gewerkschaftsrat Dresden. Die nächste Verhandlung findet am Mittwoch den 7. Juli im Volkshaus statt.

Selbstmordversuch. Mittwoch abend gegen 8 Uhr hat sich im Hause Bernauerstraße 3 die Verlässtferin L. G. mit Gift ins vergifteten verschluckt. Sie wurde durch die Wohlahlspolizei ins Friedrichsfelder Krankenhaus gebracht.

Selbstmord eines Schülers. Gestern abend erhangte sich im Schlafzimmer der Wohnung seiner Eltern, Karlstraße 9, der 15 Jahren alte Teutinaner Schmidt. Durch vor einer zu erwartenden Schulstrafe soll das Motiv zum Selbstmord sein.

Birkus Schumann. Morgen Freitag findet die erste große Spv-Besprechung statt, und will die Direktion bemüht sein, diesen Abend mit einem außergewöhnlichen Programm aufzuwarten. Birkus wird mit einem Schauspiel und Freilichtspiele werden in dieser Vorstellung vorgestellt. Sonnabend den 3. Juli finden zwei Vorstellungen statt, und zwar ist die Nachmittags-Vorstellung um 4 Uhr dem Fremden- und Familien-Publikum zu empfehlen. Am Abend-Vorstellung findet die Premiere von der großen Wohlfahrtspantomime "Auf Helgoland oder Ebbe und Flut statt.

Verichtigung. Herr Reichstagabgeordneter Dr. Wagner teilt uns mit, dass er bei der entscheidenden Abstimmung über die Erbschaftsteuer im Reichstage nicht gescheitert habe, wie wir vorgesetzten schrieben, sondern anwesend war und für die Erbschaftsteuer stimme.

Unsere Behauptung stützte sich auf eine Mitteilung, die am Montag abend in einer Versammlung in Deuben der national-liberalen Landtagsabgeordnete Dr. Böpke machte. Um so mehr, als dieser von dem nachfolgenden Redner, dem konservativen Generalsekretär Kunze, nicht widersprochen wurde.

Bermischi Nachrichten. In dem Toten, der gestern vorabend bei Helbig, nur mit Bademantel bekleidet, aus der Elbe gezogen wurde, ist der 20jährige Verkäufer Edward Matthes ermittelt worden. Er war in Helbigs Establissemant in Stellung und hat seinen Dienst noch am Dienstag bis nachts gegen 12 Uhr getan. Danach hat er ein Bad in der freien Elbe genommen und ist dabei offenbar in eins der dort meist vorliegenden Drehbächer gekommen und, trotzdem er sonst als guter Schwimmer galt, ertrunken. Ein goldner Siegerring, ein Erbstück, ist auf dem Wege Schlossgasse—Ostra-Allee—Wilsdruffer Straße—Altmarkt—Schlossstraße, Haltestelle Alten Lannenstraße, verloren gegangen. Dem Finder wird eine gute Belohnung zugesichert in den Verhandlungen Dresden-N., Oppellstraße 32, oder Kundstelle der Polizeidirektion.

Aus der Umgebung.

Blasewitz. Anfolge Verhagens der Leinwandrichtung flüchtete ein Sohn der Dresdner Ortskantonskasse beim Einbrechen von der Tollwitzer in die Loschwitzer Straße derart von seiner Maschine, dass er durch verschiedene Hautabschürfungen einen komplizierten Rosenbeinbruch davon trug.

Weißig bei Görlitz. Mittwoch vormittag landete der Gläserne Meister Höhle unterhalb des Landungsplatzes der Dampfschiffe in Löbau einen männlichen Beifahrer. In dem Toten wurde der hier wohnende Arbeiter Moritz Gabler ermordet. Der Tote trug ein schweres Stück Eisen in seinen Kleidern. Er hinterließ Frau und 5 Kinder in bedrängter Lage.

Kleinischowitz. Am Dienstag nachmittag verbrannte sich ein in der Fabrik von Schoof mit Reparaturen beauftragter, bei Architekt Schirmer-Laukegast in Arbeit befindender Zimmerlehrer A. beim Feuerholzen den linken Arm. Der in der Schoof'schen Fabrik angestellte Fabrikantler Herrschuk legte einen Notverband an.

Kleinnaundorf. Von einem Schlaganfall betroffen wurde am Dienstag eine Witwe Heidler von hier, während sie einen Wagen der Straßenbahlinie Nr. 16 zur Heimfahrt benutzte. An der Endstation Planen bemerkte der Schaffner, dass die Frau von Kraftheit beseelt sein müsse und benachrichtigte die Wohlwahlpolizei, die die Frau im Unfallwagen nach dem Friedrichsfelder Krankenhaus brachte.

Gemeindkalender für Freitag.

Sozialdemokratischer Verein Dresden-Ulrichstadt. Kreismitglieder-Veranstaltung abends 9 Uhr im Saale des Volkshauses.

Fünf Bolz-Veranstaltungen. Abends 9 Uhr in folgenden Lokalen:

Reichskrone, Bischofsweg; Wagner's Establissemant, Ritter; Dreikäfer-Hof in Löbau; Gochs in Briesnitz und Deutsches Haus in Bölkow.

Gemeinsame Ortskantonskasse Hainsberg. Außerordentliche Generalversammlung abends 7 Uhr im Restaurant Eislöffel in Hainsberg.

Gerichtszeitung.

Das verhängnisvolle Gift. Das Landgericht in Weimar bestrafte ein Elternpaar, weil es eine Flasche Alkol nicht unter Verchluss gehalten und dadurch verschuldet hatte, dass ihr kleiner Junge von dem Gift getrunken und an den Folgen des Trunks gestorben war. Die Flasche stand in einer Bodenlammer, die Kinder waren beim Spielen in diese geraten, und das kleine Kind hatte sich über die Flasche her gemacht. Der Staatsanwalt beantragte wegen unlöslicher Tötung gegen die Eltern, einfache Heideliste, zu 2 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger bat zwar um Freispruch, da seine Klienten durchaus nicht faulässig gehandelt hatten; Gefahren für Kinder seien ja in mehr oder minder grosser Wahrscheinlichkeit jedem Haushalt vorhanden. Das Gericht sandte die Angeklagten für schuldig und verurteilte sie unter Annahme mildernder Umstände zu je 1 Woche Gefängnis. — So sollen die unglaublichen Eltern auch noch ins Gefängnis wandern.

Der Meineidsprozess Dr. Hammann.

H. F. Berlin, den 30. Juni 1909.
Im nächsten Woche ist eine außerordentliche Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Berlin I anberaumt. Die Geschworenen sollen über zwei Anklagen wegen wissenschaftlichen Meineids entscheiden. Am Montag den 2. Juli steht zunächst Dr. Hammann, der im Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches jahrelanglang eine der einflussreichsten Stellen eingenommen hat, unter der Anklage des wissenschaftlichen Meineids. Dr. Hammann war ehemals praktischer Journalist. Anfang der 1880er Jahre war er Chefredakteur des vor langer Zeit eingegangenen konservativen Deutschen Zeitblatts und seit dem nur kurze Zeit bestehenden kleinen Zeitblatts. Mitte der 1880er Jahre wurde Dr. Hammann zunächst als Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt berufen. Da er mit den Prezedenzurteilen auf seine Vertrautheit war, wurde ihm sehr bald das Vizedirektorat übertragen, das heißt er hatte u. a. die Obliegenheit, die Vertreter der in- und ausländischen Prese über die auswärtige Politik des Deutschen Reichs zu unterrichten. Dr. Hammann, der in verhältnismässig kurzer Zeit zum Wissenschaftlichen Legationsrat mit dem Rang eines Rats erster Klasse avancierte, wurde nicht nur von Journalisten aller Länder, sondern auch von Botschaftern und Staatssekretären umsonst geschätzt. Hammann verlor 1899 durch den Tod seiner Gattin, die ihm vier Söhne hinterließ. Er war mit dem bedeutenden Juristen und Architekten Professor Dr.-Ing. Bruno Schmitz verheiratet. Es kam jedoch bald zu unerträglichen Aussternalterierungen und schliesslich sogar zu Prozessen. Professor

Schmitz beschuldigte seine Frau, die bereits seit Juli 1900 von ihm getrennt lebte, dass sie mit seinem Freund Hammann die Elbe gebrückt habe. Am 20. Juni 1902 wurde auf Klage und Widerruf durch Urteil des Landgerichts Berlin II die Elbe des Professors Schmitz wegen Ehebruchs, begangen von beiden Seiten, gesühnet. Am Tage vor der Bekündigung des Scheidungsurteils war zwischen den Eheleuten Schmitz eine Vereinbarung zustande gekommen, dass durch verzichtete hat Schmitz, seinen beiden Töchtern, deren Erziehung nach altenen Rechtsgrundsätzen bei der Scheidung der Mutter obliegt, 200 000 M. zu zuzahlen. Die Eltern obliegen, um die Mutter zu bedanken, die sie mit dem Vater betreten werden sollten.

Professor Schmitz ist diesen Verpflichtungen jedoch nicht nachgekommen. Auf eine Beschwerde von dem Vater der Kinder und Frau Schmitz angestrebten Klage erhob Schmitz den Einwand: er habe nämlich als Voraussetzung seiner Leistungen verlangt, dass seine Frau den Verlust mit Geheimrat Dr. Hammann einzahle oder mich mit diesem Job als möglichst verbreitete. Dieser Bedingung habe aber seine Frau in seiner Weise entgegengesetzt. Frau Schmitz bestreitet die Nichtigkeit dieser Behandlung. Auf diesem Anlass wurde Dr. Hammann am 17. Oktober 1903 von einem beauftragten Richter gezeigt und vernommen. Professor Schmitz hatte mehrere Zeuge befragt, seine geschiedene Frau zu beobachten. Diese Zeuge Schmitz habe Gelbgewänder gemacht haben soll, haben sich unter dem Vorstellungsorden des Salons der Frau Schmitz mittels eines Vaters ein Lach herstellen lassen, um besser beobachten zu können. Auf Grund dieser Beobachtungen hat Schmitz gegen Geheimrat Hammann eine Strafanzeige wegen wissenschaftlichen Meineids aufgestellt und drucken lassen. Diese reichte Schmitz nicht der gründlichen Staatsanwaltschaft ein, sondern vertröstete sie in der Hoffnung und machte der vorgebrachten Beweise des Geheimrat Hammann und der Presse Mitteilung. Als dem Geheimrat Hammann eine solche Strafanzeige zugänglich geworden war, übertrug er sie der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I. Diese ordnete eine eingehende Untersuchung an und beschloss auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung das Verfahren einzustellen. Schmitz erhob gegen den Einstellungsurteil Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft des Hammergerichts. Diese Behörde vertröstete nochmals eine gerichtliche Beurteilung und beschloss auf Grund dieser Vernehmung ebenfalls die Einstellung des Verfahrens. Daraufhin erhob Professor Schmitz nicht die Oberstaatsanwaltschaft beim Geheimrat Hammann und der Presse Mitteilung. Als dem Geheimrat Hammann eine solche Strafanzeige zugänglich geworden war, übertrug er sie der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I. Diese ordnete eine eingehende Untersuchung an und beschloss auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung das Verfahren einzustellen. Schmitz erhob gegen den Einstellungsurteil Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft des Hammergerichts Berlin I. Diese Behörde vertröstete nochmals eine gerichtliche Beurteilung und beschloss auf Grund dieser Vernehmung ebenfalls die Einstellung des Verfahrens.

Der Strafgericht bei Regierung des Hammergerichts ordnete daraufhin am 20. April 1903 die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen wissenschaftlichen Meineids an. Infolgedessen beantragte die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I die Eröffnung der Verurteilung. Nachdem diese geflossen war, beantragte die Staatsanwaltschaft, den Geheimrat Hammann außer Verfolgung zu sehen.

Die achte Strafkammer des Landgerichts Berlin I beschloss jedoch die Eröffnung des Hauptverfahrens. Der Wissenschaftliche Geheimer Legationsrat Dr. Hammann hat sich daher nächst Montag vor dem Hammergericht des Landgerichts Berlin I wegen wissenschaftlichen Meineids auf Grund des § 154 des Strafgesetzbuches, zu verantworten. Geheimerat Dr. Hammann, seit April 1901 mit der geschiedenen Frau Schmitz verheiratet, ist am 23. Januar 1882 zu Blankenhain in Sachsen-Weimar geboren und evangelischer Konfession. Er betreibt selbstständig eine Gläserne Meisterwerkstatt. Der Wissenschaftliche Geheimer Legationsrat Dr. Hammann hat sich die Anklage als Rebenläger angeschlossen und mit seiner Vertretung Justizrat Brinkmann (München) beauftragt. Es sind 16 Zeugen, unter diesen die Unterstellungsrichter, Landgerichtsrat Schmidt, der auch über den nächsten Erschlag die Untersuchung geführt hat, ferner Geheimer Legationsrat Professor, mehrere Richter und die junge Tochter des Geheimrats Hammann, geladen.

Dem Prozess Hammann, für den zwei Verhandlungstage in Aussicht genommen sind, wird unmittelbar darauf der am 17. Juli 1903 verlogte Prozess wider den Fürsten Philipp Guelphburg wegen wissenschaftlichen Meineids und Verleumdung zum Nein befolgt.

Beppelin I Fahrt nach Mex.

Friedrichshafen, 30. Juni. Mit einer Rückfahrt des ZI nach hier rechnet man nicht, da die Militärs entschlossen sind, die Fahrt, wenn irgend möglich, fortzusetzen. Wenn dies durchzuführen ist, läuft sich angelichts des schon seit vielen Stunden unterbrochenen Nordostwindes, gegen den das Luftschiff nicht ankommen kann, nicht vorbereiten. Von Ulm kommen weitere Pioniere. Das noch fahrbereite Schiff ist durch die umgebenden Hügel gegen den Sturm geschützt. Die Verankerung des Zeppeles hat sich bemächtigt. Auch die äußere Hülle hat gut standgehalten, trotzdem sie im Gewebe pochert und leider ist wie die erst später konstruierten Luftschiffe, bei denen nunmehr ein neueres Imprägnierungsverfahren angewendet werden wird.

Stuttgart, 30. Juni. Wie das Neue Tagblatt hört, beauftragt Major Sperling, wenn der Regen aufhört, die Reise nach Mex. heute abend anzutreten.

Überbach, 30. Juni. Das Reichsluftschiff ZI lag heute morgen noch still und verankert auf seinem Landungsplatz. Major Sperling erklärte, nicht eher aufzufallen wollen, bis der Ballon vollständig getrocknet ist. Da es nun heute nach wiederum sehr heftig gegeregnet hat, ist es noch immer nicht bestimmt, wann der Aufstieg erfolgt. Der Regen hat jetzt etwas nachgelassen und das Wetter scheint sich aufzulösen.

Stuttgart, 30. Juni. Aus Überbach wird gemeldet: Es regnet in Strömen. Major Sperling und die Offiziere und Mannschaften des Berliner Luftschifferbataillons und des Ulmer Bataillons waren bei dem strömenden Regen beim Beppelin I aus. Unter diesen Umständen ist ein Aufstieg des Luftschiffes für den heutigen Tag nicht mehr zu erwarten. Wie jetzt erst bekannt wird, ist die Belastung des Luftschiffes nach dem wolkendurchdringenden Regen gestern früh so stark gewesen, dass beim Aufstieg das Gestänge einer Gondel verbrochen wurde. Der Schaden ist irgendwie jedoch ebenfalls repariert worden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaften der Sattler und der Portefeuillen sind mit dem 1. Juli d. J. in einer Organisation vereint, erhielten schon für das Jahr 1905 gemeinsamlich in einer Briefkarte den Aufschluss, dass die Sattlervereinigung auf eine Periode von drei Jahren umfasst. Dieses Jahr wurde der Verband auf ein dreijähriges Recht übertragen. Erstens kann man die Mitglieder im Gründungsjahr 1889 in die Reihen der deutschen Gewerkschaften eingetragen, hier die Mitgliedschaft in langsamem Tempo nach 1903 bis 1907 auszuweichen. Das Jahr 1908 brachte einen kleinen Mitgliederverlust, so dass zu Schluß des Berichtsjahrs als durchschnittlicher Mitgliederverlust 600 zu verzeichnen waren. Dieser geringe Mitgliederverlust zeigt die Beweisung einer Annahme der Mitgliedszahl ist nicht allein auf die Wirkung der Krise zurückzuführen, es reichen dafür auch mancherlei andere Umstände, so daß durch die Tippelskirchsfürse mit einem Schlag 200 Sattler bestätigunglos wurden, ebenso, daß die Wobe der ledernen Damenschürze abfielen, damit diese Bezeichnung, und allein in Berlin 200 bis 300 Arbeiter außer Beschäftigung brachte nicht unerheblich schwierig auch die Bewegung der Sattler zum Militärdienst auf den Mitgliederstand zuwirken, wurden doch in den Jahren 1907 und 1908 nicht weniger als 300 Anmeldungen zum Militär, dagegen nur 64 Anmeldungen vom Militär gewährt; diese Zahlen haben natürlich nur relativen Wert. Unter Würdigung dieser Umstände und Bedeutung dessen, daß in der Provinz ganz respektable Fortschritte gemacht wurden, ist das Lagerbergschultheiss ein unerfreulicher. — Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse drängten auch diesen Verband bei seinen Räumungen in den letzten Jahren mehr in die Defensive, trotzdem war der Rückgang der an den Bewegungen beteiligten Personen nicht sehr stark; bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen ist die Zahl der beschäftigten Personen sogar noch erheblich gestiegen. In dieser dreijährigen Berichtsperiode wurden 28 Angriffsstreiks geführt, von denen 22 erfolgreich und 6 erfolglos endeten. Von 24 Abschreitern konnten 12 mit und 12 ohne Erfolg beendet werden. Als Beweis für die Verschärfung der Kämpfe und Aufzehrung der Gegenkräfte kann gelten, daß in dieser Berichtsperiode 27 800 M. für die Abwehr ausgegeben werden mussten gegenüber nur 6 000 in der früheren Berichtsperiode. Auspferungen waren 15 zu verzeichnen, die hauptsächlich durch die Maßnahmen verübt wurden; beteiligt daran waren 328 Personen. Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurden 80 in 80 Betrieben mit 4718 beteiligten Personen geführt; 75 Bewegungen davon waren erfolgreich. Insgeamt waren an 147 Bewegungen 5558 Personen beteiligt, von denen 115 erfolgreich und 26 erfolglos verfehlt. Gestrichen wurden 4908 Stunden Arbeitseinführung und 1280 M. Lohnentziehung pro Woche. Tarife bestanden 26 für 188 Betriebe mit 2223 beteiligten Personen; neu abgeschlossen wurden 9 Tarifverträge; die größte Zahl davon besteht in der Kleidestoffindustrie. Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden 113 000 M. aus Verbundmitteln aufgewandt, bei einer Einsparung von 456 200 M. in den drei Jahren. Das Gesamtvermögen des Verbundes beläuft sich auf rund 120 000 M. Während sich die Einnahmen um 80 000 M. erhöhten, verdoppelten sich die Ausgaben von 102 000 auf 281 000 M. gegenüber den früheren dreijährigen Berichtsperiode; nicht unerheblich trug hierzu die gestiegene Ausgabe für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bei, sieg doch allein die Arbeitslosenunterstützung von 17 700 auf beinahe 80 000 M.

Der Portefeuillenverband zählte im Jahre 1908 in 20 Betrieben bei einem Mitgliederverlust von 338 einem Mitgliederbestand von 3542, im Jahresdurchschnitt allerdings 3808. Auch hier hat die ungünstige Geldnotsituation die Mitgliedsabnahme verschärft. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in zwei Jahren beinahe 28 000 M. verausgabt gegenüber 6800 M. in drei Jahren vorher. — Bewerkschaftswerte ausdrücklich heißt der Verband nicht zu bezeichnen, da die in Offenbach a. N., Berlin, Stuttgart, Leipzig und Nürnberg befindlichen Tarife, in deren Bereich fast alle Berufskollegen einzogen sind, ohne kennenswerte Kämpfe erneutert werden konnten, wobei es möglich war, keine Verbesserungen für die Arbeiter durchzubringen. Der Verband, dessen Mitglieder vielfach Handarbeiter sind, hat in diesen Verträgen meist eine Regelung der Haushaltserbringung.

Mit seinem über 177 000 M. betragenden Kassemassenstand hat sich nun der Portefeuillenverband dem Sattlerverband angeschlossen. Morgen beide so mit vereinten Kräften zum Vorteile der Mitglieder entsprechlich wirken!

Notizen.

Achtung, Zimmerer!

Die Firma Windischb & Gangloff führt in Berlin einen Brückenbau aus und zieht den Zimmerern anstatt 75 Pf. nur 65 Pf. Stundlohn. Sie motiviert ihr Verhalten damit, daß sonst die Gelehrten mehr verdienen als die angehenden Polizisten. Da die Berliner Kameraden nicht unter dem dortigen Tariflohn arbeiten, so will die Firma Dresden Zimmerleute dahin rütteln.

Der Vorstand der Schuhfelle Dresden und Umgebung.

Inland.

Publikationen des Kieler Magistrats.

Der Magistrat hat sich in einer Sitzung am 28. Juni wieder mit dem Streit der städtischen Arbeiter beschäftigt. Das Resultat dieser Verhandlung ist eine Bekanntmachung, die am Dienstag morgen die bürgerlichen Blätter und die Unschlagbaren Kiels auffordert. Danach sollen für die infolge des Streits in den städtischen Betrieben nur vorläufig oder noch nicht besetzte Stellen endgültig Arbeitskräfte angenommen werden. Wenn hierzu Personen herangezogen werden, die noch nicht im städtischen Dienste gestanden haben, soll den städtischen Arbeitern Vorfereitung gegeben werden, in diesen Betrieben um Beschäftigung nachzufragen. Die Anmeldung hierzu soll jedoch spätestens bis zum 8. Juli erfolgen.

Der Magistrat motiviert diese Bekanntmachung damit, daß nicht den Ausständigen eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitern sich befindet, die nicht aus freiem Willen, sondern nur schwächen Herzen und unter dem Einfluß eines von Anhängern des Streikgedenkens auf sie ausgeübten Drucks die Arbeit niedergelegt haben. Diese Vorbereitung wird allein durch die Tatsache überlegt, daß nur 58 Arbeiter in den Streik getreten sind, die übrigen 400 aber vom Magistrat ausgesperrt wurden. Zu diesen 400 sind am letzten Sonnabend noch circa 50 Arbeiter des Bauamtes und der Stadtgärtner, die gefeuigt waren, entlassen worden.

Die Streikenden und Ausgesperrten leben in der Bekanntmachung des Magistrats nur einen Schrecken, der aber kein Wirkung verleihen dürfte.

Die Bekanntmachung des Magistrats wegen Wiederherstellung der Arbeit, die sich bis zum 2. Juli erstreckt, hat eine sehr nebensächliche Bedeutung, weil sie den unten liegenden der Magistratsmacht zu tun. Der Magistrat hat sich dem Arbeitswilligen gegenüber verpflichtet, die Arbeitswilligen bis zum 2. Juli zu beschäftigen gegen 4,70 M. Tagelohn, freie Unterkunft und Verpflegung, täglich zwei Mahlzeiten Brot und vier Zigaretten; ferner für die Arbeitswilligen, die während ihrer Zeit erhalten, 25 M. Extrapremie und 15 M. Heilegal. — Gilt die 2. Juli vorüber, ohne daß die Fristen eingehalten sind, muß dieser Betrag erneutet werden, was für die Stadt natürlich recht kostspielig wird. Außerdem soll sich der Magistrat schon mit 200 Pfennig für Anfang Juli nach mehreren anderen Städten — darunter auch München — verständigt haben.

Die Beschäftigten der Kieler Gewaltshaber greifen zu den verzweifelten Mitteln, um die Ende der Streikenden und Ausgetriebenen zu diskreditieren. — In Kiel ist am Montag abend ein der Stadt gehöriger Holzschuppen niedergebrannt, wobei ein Mann verbrannte, ein Feuerlöscher, um das sonst niemand Aufheben genutzt hätte. Jetzt wird einfach Brandstiftung durch Streikende angenommen, die den Schuppen an allen Seiten mit Petroleum bestreikt haben sollen. Während die städtischen bürgerlichen Blätter nur von Brandstiftung reden und die Frage, wer der Urheber ist, offen lassen, wird in auswärtigen Zeitungen direkt berichtet, Streikende seien die Brandstifter. Der Kieler Volksanzeiger macht aus dem Holzschuppen sogar ein Nebengebäude der Baudirektion, in dem Arbeitswillige untergebracht waren. In Wirklichkeit handelt es sich um einen halben Stunde vor der Baudirektion entfernt liegenden Schuppen von 60 Metern Länge und 40 Metern Breite, in dem die Hälfte, die in der Baudirektion anfällt, nicht verarbeitet werden konnten, mit Torfhaufen vermählt und zu Komposit verarbeitet werden. Der Schuppen wohnte weder jemand, noch war er überwacht. Der Brandstifter kann nur ein Obdachloser gewesen sein, der dort Unterkunft gefunden hat; vielleicht ist sogar durch seine Unvorsichtigkeit das Feuer entstanden. Die selbstverständliche Tatsache, daß ein Holzschuppen schnell niedergebrannt, wenn nicht sofort die Feuerwehr zur Stelle ist, genügt der bürgerlichen Presse, zu behaupten, das Gebäude sei vorher an allen Seiten mit Petroleum begossen worden!

Meine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Verhandlungen der beiderzeitigen Tarifkommissionen der Rösenfelder haben betreffend Gehaltserhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer sich dagegen ablehnen verhinderten. Die Hauptargumente der Unternehmer gegen diese Forderungen waren: Der vom Jahre 1906 an gültige, gegen früher erhöhte Tarif habe infolge der enthaltenden Kette im Gewerbe noch gar nicht voll zur Entfaltung kommen können. Jeder Notentweder ist in der letzten Tarifperiode durchschnittlich täglich nur 7½ Stunden beschäftigt gewesen. Die Versammlungen der Städte Berlin und Leipzig beschlossen deshalb, eine abwartende Stellung einzunehmen. Der alte Tarif läuft aus diesem Grunde fortwährend weiter. — Die Männer und Frauenarbeiter in Kielbach im Fürstentum Waldeck befinden sich seit Montag im Streit. Da den Arbeitgebern bereits am 20. Mai Lohnforderungen überlandet wurden, die Herren sich aber nicht einmal auf eine Unterhandlung darüber einließen, haben sich die Arbeiter gewusst, den Streit zu beschließen. Gefordert werden jährlich 120 Arbeitstage und 48 Pf. Stundlohn. Bis Konsumtur jährlich ist außerordentlich gut und würde die Bewegung, wenn der Zugang fortgelassen wird, mit einem Erfolg der Streikenden enden. — Die Arbeiter im Walliser Kohlenbezirk (England) ist bezeugt worden — Mehr als 10 000 getreue Arbeiter der Amerikanischen Platzen und Weißblech-Kompanie, der verdeckten Fabriken in Pennsylvania, Ohio, West-Virginia und Indiana gehörten, werden um Mitternacht in den Streik treten, weil zu diesem Zeitpunkt eine Anordnung der Gesellschaft in Kraft tritt, wonach nichtunionistische Arbeiter neben unionistischen zugelassen werden.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 30. Juni. Ein furchtbare Automobilunfall hat sich heute nachts kurz nach 1 Uhr abgespielt. Von Mainz kommend, fuhr der praktische Arzt Dr. Hans Kronthal aus der Rosenthalstraße 21 mit seinem Automobil, in dem sich seine Frau, Frau Daniel und deren Nichte Friederike Löwenstein befanden, beim großen Stern im Gauwald, als er eine Kurve passierte, gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Frau Kronthal und Präsidentin waren sofort tot, während Herr Kronthal mit Verletzungen davorkamen. Das Automobil wurde vollständig zerstört.

Berlin, 30. Juni. Heute früh spielte sich im Hause Tieckstraße 4 ein aufrüttelnder Vorfall ab. Dort verbrachte der frühere bei den Wolterschen Cheleuten wohnende Schlosswärter Albert Kühl die Frau Wolter zu erscheinen und sich selbst das Leben annehmen. Frau Wolter wurde schwer verletzt in die Charité gebracht; der Attentäter, der sich nur leicht verletzt hatte, wurde ebenfalls dorthin transportiert.

Hamburg, 30. Juni. In der vorigen Woche erkrankten leider Personen an Vergiftung durch Hackselspeis. Unzähligen und fast 100 Erfahrungen, darunter einige sehr schwer, bei der Polizei zur Anzeige gelangt. Die Untersuchung ergab, daß ein Bauer aus dem Kreis Stormarn eine frische Kuh an einen Händler verkauft hatte, der die Fleischschäfte und das Fleisch untersuchen ließ. Der Tierarzt brachte städtischerweise den Vollwertstempel auf das Fleisch, das so die Hamburger Untersuchungslaboratorium verließ.

Gleiwitz, 30. Juni. Heute früh wurde der breitsch. Mörder Böhj aus Gabitz hier selbst hingerichtet.

München, 30. Juni. An der Bahnhofshalle Schleißheim, der mit Gleisabsicherungen beschäftigt war, von einem Zugzug überfahren und getötet.

Trier, 30. Juni. Durch Gas erschlagen auf der Nachttür bei Dierendorf zwei Arbeiter beim Auskochen eines Ventilators. Ein dritter konnte ins Leben gerufen werden.

St. Gallen, 30. Juni. Die Rettung des verschütteten, noch lebenden Tunnelarbeiters im Gründwaldalpen durch trock der heroischen Anstrengungen von den Söhnen aus aufgegeben werden. Nunmehr wird von der Nordseite ein Stollen gebohrt, was aber zwei Tage erfordert.

St. Gallen, 30. Juni. Die Appenzeller und Thurgauer Bergwerke sind neuerdings tief verschieden. Die Flüsse führen

Seen, wo dann auf jeder liegenden Seite zwischen 10 und 15 Meter bis in die Tiefen hinein Wasser steht. Auf dem Zürich liegt der Zulauf 2 Meter hoch der Boden und Wassertiefe tragen 40 Meterwasserstand. Der Beginn der Seenbildung ist damit neuerdings herausgestellt. Die geschilderten liegen weiteren Städten.

Mailand, 30. Juni. In Vigliano wurde der Behörde Martino von seinem 18-jährigen Sohn durch zahlreiche Dolchstiche umgebracht, weil er sich ihrer Heirat mit dem Geliebten widersetze.

La Rochelle, 30. Juni. Das Schiffsboot Emma Marie ist in der Nähe von La Rochelle gesunken. Die gesuchte Urtretung bestand aus 27 Mann, ist ungekommen.

Christiansburg, 30. Juni. Durch den Bruch eines Dammes im Wasserwerke ist die Stadt Hammelburg überflutet. Drei Brücken und ein Eisenmagazin wurden in die See geschwemmt.

Eppenberg, 30. Juni. Mit Wellmann an Bord ist gekommen der Arctic von Eppenberg abgeflogen.

Reinick, 30. Juni. Die Regierungshäuser des am der Elbe gelegenen Werdes werden immer vermehrt. Viele Bauten und Gebäude sind anscheinend unzulässig. Nach Ansicht der Polizei hatte der Wolf sechs Jungen.

Zu unsre Mitarbeiter.

Jeder Arbeiter sollte sich zur Pflicht machen, der Redaktion seiner Zeitung — und für einen ausgetakteten Arbeiter kann keine Zeitung nur eine sozialdemokratische sein — wichtige Vorkommnisse sozial und wahlheitsgemäß ehrlich und schriftlich mitzuteilen. Dabei werden nicht etwa stilgerechte Mitteilungen verlangt; es genügt, wenn der Sachverhalt soz. und wahlheitsgemäß niedergeschrieben wird. Berichte und Verhandlungen berichten soll man so kurz wie möglich fassen. Dadurch spart sich der Schriftsteller Zeit, und er darf auch dem Redakteur die Zeit, die er zum Schreiben und Streichen verwenden möchte. Sind die Berichte kürzer abzufassen, läßt es sich in vielen Fällen auch ermöglichen, sie schneller abzudrucken. Zu den meisten Berichten können schon die Einzelheiten fortgelassen. Nach dem gewöhnlichen Schriftführerschema heißt es: „Um 12 Uhr eröffnete der Vorsitzende Genosse A. B. die Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen C. D. über Zweck und Nutzen der Organisation; 2. Diskussion; 3. Geschäftliches; 4. Verschiedenes; 5. Fragestunden. Nach Beschluss des Protokolls hielt Genosse C. D. einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation.“

Bei diesen Sätzen ist alles überflüssig, außer: „Genosse C. D. hielt einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation.“ Ob die Versammlung gerade um 12 Uhr eröffnet wurde, ist für die Mit- und Nachwelt gleichgültig. Daß der Vorsitzende wirklich eröffnete, ist selbstredend, und wenn der Vorsitzende wirklich verhindert war, so ist das auch gar nicht wichtig. Die Tagesordnung braucht nicht wiedergegeben zu werden. Die einzelnen Punkte werden viel besser im Bericht im Zusammenhang erwähnt. Wenn heute jemand über Zweck und Nutzen der Organisation spricht, bedarf es keiner näheren Mitteilungen über das Urteil. Die meisten Lejer haben schon einmal in ihrem Leben einen solchen Vortrag gehört. Ein anderes ist es natürlich, wenn über Vorkommnissen, über besondere soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten in einer Gewerkschaftsversammlung referiert wird, wenn zu den Unternehmern Stellung genommen wird, wenn Forderungen betreffend Lohn- und Arbeitszeit gestellt werden; das sind Dinge, die allgemeines Interesse haben und einer genauen Biedergabe wert sind. Also: Dervorlesung der Berichtsangelegenheiten in den Berichten, auch wenn sie nur unter Verschiedenes behandelt wurden, und Unterlassen langer Referate über einleitende Vorträge, die vielleicht die Entstehung des Kapitalismus usw. betreffen. Solche Vorträge sollen sich die Genossen an hören, indem sie die Berichte an sich besuchen — in den Zeitungen brauchen sie nicht breitgetreten zu werden. Ebenso ist es nur bei wichtigen Anlässen (s. B. bei Verlegung eines Kreises) nötig, eine Resolution im Wortlaut wiederzugeben. In Fällen, in denen es sich auf die Debatte bezieht, ist genügend der Satz: „Es wurde eine eindrucksvolle Resolution angenommen.“ Schließlich ist auch die sozialistische Seite zu erwähnen. Viele Berichterstatter gefallen sich in Ausdrücken und Wendungen, die zwar sehr hübsch klingen, die aber den Verantwortlichen mit dem Strafgericht in Konflikt bringen, wenn sie stehen bleiben. Es kommt nicht selten vor, daß ganze Paragraphen eines Berichts lediglich aus diesem Grunde vorliegen müssen; der Schreiber sieht dann sein schönes Werk zertrümmert. Auch bedenklich ist es, wenn sichere Gewahr für ihre Richtigkeit gegeben ist.

Spezial-Karte von Sachsen mit Abgrenzung der Reichstagswahlkreise

Maßstab: 1:300 000.

In drei Arten (Taschenformat gefaltet): a) 80 Pf. im Umschlag, 15 M. in Einband (Sackform), 175 M. auf Leinwand gezogen.

Wichtig für Radfahrer, Touristen, Politiker.

Die Karte ist in 4 Farben gedruckt, enthält auf genaueste die Orts- und Straßenangaben, Bodenbeschreibungen in Metern, Waldungen, Flüsse, Eisenbahnen mit Stationen usw.

Heben der Reichstagswahlkreisgrenzen, eine Neuerung, welche besonders vorteilhaft ist, sind auch die Grenzen der Amts- und Kreishauptmannschaften genau angegeben.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Zwingerstrasse Nr. 21.

Im Sommer besonders wertvoll sind MAGGI's Bouillon-Würfel



Beim Einkauf achtet man genau auf den Namen MAGGI sowie die Schutzmarke (Kreuzstern).

Kein langes Stehen am heißen Herd notwendig. Kein Sauerwerden der Fleischbrühe zu befürchten. Nur mit kochendem Wasser überbrüht, gibt jeder Würfel sofort 1/2 Liter vorzüglicher Bouillon mit feinstem Gemüsegeschmack!

Lockwitz!

Gemüse bei Familien- und Gesellschafts-Treffen nach Rechnung, dem Kochwirtz u.s.w. unser herrliches Garten-Restaurant mit Biergarten, am Platz, direkt am Lockwitzbach und Eingänge des Lockwitzgrundes gelegen, zur leiblichen Sättigung und Erholung mit der Versicherung vorzüglichster Bedienung in Speisen und Getränken einer ges. Beachtung. Preise:

Wilhelm's Restaurant

Sozialdemokratischer Verein für den 6. lächlichen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: 10 Pf. Dm.
Dresden, Brückstraße 77/8, Tel. 774-1141
Bürozeiten: Dienstag abends 6 Uhr, Mittwoch
abends 6 Uhr, Freitag abends 6 Uhr, Samstag
abends 7 Uhr abends.

Bezirk Cossebaude, Stetzsch, Kemnitz, Gohlis.
Sonntagsabend den 3. Juli 1909, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Wettinpalaischen in Reichenberg. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Verwaltung. 2. Wiederwahl der Verwaltung. 3. Bericht aus der Presseabteilung. 4. Gruppenangelegenheiten. Um zehnjähriges Erreichen erfreut! Der Vorstand.

Bezirk Reichenberg, Eisenberg
Dippeldorf, Wahnsdorf und Boxdorf.

Sonntag den 4. Juli, abends 7 Uhr

Mitglieder-Jahresversammlung
in der Königsbrauerei, Reichenberg.

Tagesordnung:

1. Vorstandsbereich.
 2. Ressortbericht.
 3. Neuwahl.
 4. Die bevorstehenden Landtagswahlen.
 5. Allgemeines.
- Das Erreichen sämtlicher Genossen der Ortsgruppe ist erwünscht.
Die Bezirksleitung.

Dachdecker- (Schäfer- und Ziegeldecker-) Innung zu Dresden.

Sonntagsabend den 3. Juli
abends 7 Uhr, findet im Restaurant Reichshallen, Palmstr. 13, eine

Gehilfen-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:
Reich für die nach dem Stammtag aufzuhaltenden Mitglieder. Gehilfenausbildung.

Wahlberechtigt sind die bei den Innungsmitgliedern beschäftigten polizeilichen Gefellen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. — Eintritt nur gegen Vorzeigung des abgelebten Renten-Loßbuches.

H. Horn, 1. St. Obermeister.

120 Pferde. Nur noch kurze Zeit! 200 Personen.

Circus Schumann

Sportplatz Dresden-Neustadt, an der König-Albert-Str.

Freitag den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr

Erste große Sport-Vorstellung

mit einem von der Direktion extra ausgewählten Elite-Programm. In dieser Vorstellung werden ca. 60 Schul- und Freiheitspferde vorgeführt.

Sonnabend den 3. Juli

2 Gr. Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr. — Abends 8 1/2 Uhr

Das Programm der Nachmittags-Vorstellung ist ebenso reichhaltig wie dasjenige der Abend-Vorstellung und zahlreiche Kinder haben Preise auf allen Plätzen.

Zum erstenmal! Um 8 1/2 Uhr abends zum erstenmal!

Auf Helgoland

oder

Ebbe und Flut.

Große Wasser-Pantomime in drei Akten und fünf Bildern.

Alles nähere siehe Plakate.

Mutterspritzen

Spülkannen, Leibbinden, Gummistärke und alle Hygienischen

Frauenartikel

Preis-Liste gratis u. diskret.

Rich. Freisleben

Postplatz. Man zieht genau auf Firmen, da auf diese keinen Rabatt.

Eine alte, aufgehende

Bau- u. Möbel-

Tischlerei mit acht Stühlen und guter Ausstattung ist wegen Rohstoffes billig zu verkaufen.

Offeren unter K. L. 500 um die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Siehe sofort einen

Lehrling

bei freier Station und monatlicher Vergütung. Bernhard Blecke, Materialstr. Weinböhla, Südstadt 1.

Reise-Karten:

Riesengebirge

in 9 Sektionen, jede Sektion einzeln

Möglich ab 30 Pf.

Dresden und Umg.

Dresden-Heide

Sachsenwurtschaften

Tharandt u. Umgebung

große Ausgabe

Charandt u. Umgebung

kleine Ausgabe

Sächs. Böhmen. Schweiz

große Ausgabe

Sächs. Schweiz

kleine Ausgabe

Sächs. Überlausitz

Städte, Altenburg

Lauenstein u. Umg.

Erzgebirge

Nordböhmen

Radfahrer-Karten:

Dresden u. weiterfahrt. 1.25

Auf Steinwand 1.20

Siehe letzter durch die Postbürohandlung, Dresden, Brüderstr. 21.

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

Wir empfehlen als das Beste vom Junifang
Stornoway- und Downingsbay-

Matjes-Heringe

wirklich reif, fettfriesend, großflündig und dickerlich
Stück 10 bis 20 Pf.

Neue Vollheringe

(Shetland large fulls)

fett, feinschmeckend und zart

Stück 8 Pf. schaumweise billigst.

Beste neue saure Gurken

Stück 6 und 10 Pf.

Prachtvolle, mehreich kochende Görzer, italienische sowie

Malta-Kartoffeln

Stück 9, 11 und 13 Pf.

Feinstes deutsches

Tafel-Oel

80 Pf. pro Pf. bei Entnahme von mindestens 1 Pf. in Flaschen a 20, 35, 55 und 125 Pf.

Neu aufgenommen:

Dr. Klopfers Roggenbrot

sehr nahhaft, befriedigend und sehr preiswert!

4-Pfund-Brot 54 Pf.

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch 6 Proz. Rabatt in Marken.



Unser Hochsee-Dampfer „Frigg“

in wieder mit einer vorsätzl. Qualität hergestellten.

Heute in lebensfrischer Qualität zu erwarten:

Kabljau ohne Kopf

in prächtlichen, fetten seeligen Fischen

Schellfisch, ff. groß

nur Fleisch, in blauen Fischen

Schellfisch, ff. groß

in 1-2 pfundigen Prachtstückchen

Besonders empfehlenswert ferner:

Seehecht, „helg.“

hohes zanderartiges Fleisch

Seelachs, „helg.“

nur Fleisch, in hohes Fischen

Mußführliche gedruckte Koch-Rezepte gratis.

Aus jedem eingetroffenen Wagen

Pfd. 18

Pfd. 25

Pfd. 18

Pfd. 18

Pfd. 18

Pfd. 18

6. Wahlkreis. Bez. Potschappel.

Den Genossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß unser

Mitglied

Marie Andrich

verstorben ist. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom

Feuerhaus in Potschappel statt.

Um zahlreiche Teilnahme erucht Die Verwaltung.

Allen Freunden, Partei-Mitgliedern und -Genossen zur Kenntnis, daß gestern nach schwerem Leid seine liebe Gattin, untreue Mutter,

Schwiegertochter, Frau Marie Andrich geb. Oelix, im Alter von 51 Jahren verstorben ist. Dies geht tiefschmelzend aus:

Robert Andrich mit Kindern und den übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom Feuer-

haus, Potschappel, Bogenstraße 18, auf statt.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Dresden.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kolleg

Eduard Kosslick

auf Dresden am 28. Juni verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag den 2. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Inneren Katholischen Friedhof statt.

Um zahlreiche Teilnahme bittet Der Vorstand.

Otto Theuring

bringt es uns, allen Bergmännern, Bergleuten, Bekannten und Freunden

für die Teilnahme und den reichen Kummefestum unserer heiligen

Dank auszusprechen. Den Herrn Max Rosberg für die toll-

reichen Werke. Den auch der Firma und Kollegen der Werkstätten

für Handwerkskunst, den Arbeitsknechten der Firma Georg Seitz, L. & C., dem Sozialdemokratischen Verein für den 5. Wahlkreis und

dem Deutschen Gewerkschaftsverband. Seinerzeit einen

Arbeitskollegen für das heilige Zeugniss zur letzten Ruhestätte.

Die liebhaarende Witwe steht starr.

Neue Vollheringe

in fettreisenden prächtlichen Fischen, 10 Pf. 60 Pf. 100 Pf. 175 Pf.

1/2 Zonne, etwa 825 Pf. 30 Pf. 1/2 Zonne 20 Pf.

Prachtvolle Shetland Large Fulls, 1/2 Zonne 23 Pf. 100 Pf.

Neue Maltakartoffeln, Pf. 13 Pf. neuer Görzer, Pf. 9 Pf.

Neue grosse saure Gurken

3 Pf. 18 Pf. 100 Pf. 5 Pf.

ff. grosse Bratheringe

1/2 Del. 40-45 Pf. 1/2 Del. 20-22 Pf.

Reichstag.

271. Sitzung vom Mittwoch, den 30. Juni,
nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatliche: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht folgende:

Interpellation des Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.).

Beschäftigten die verbündeten Regierungen angehoben das durch die Erneuerung der Lebensmittelverursachten Notstandes weiter Vollstrekte eine Gesetzgebung über eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Höhe auf Buttermittel sowie des § 11 des Bölltarifgesetzes vom 26. Dezember 1902 über die Erteilung von Einfuhrcheinrechten vorzulegen?

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt auf die Frage des Präsidenten, daß er bereit ist, die Interpellation sofort zu beantworten.

Der Begründung der Interpellation

enthält das Wort Abg. Rossmann (Soz.):

Anträge, die Getreidezölle aufzuheben, sind schon zu viele, holen Wahlen an die verbündeten Regierungen gestellt worden. Sobald wir exorbitant hohe Getreidepreise haben, leben sehr viele unserer Staatsbürger, die ihre Lebenshaltung auf Lebensmittel müssen, und daher ist es nicht zu verhindern, daß ein Drängen daran entsteht, die Maßnahme zu bewilligen, aufgrund dessen Deutschland höhere Getreidepreise hat als andere Länder. Die Getreidezölle haben ja direkt den Zweck, die Getreidepreise in die Höhe zu treiben, und wiederum sind daher in den vor Jahren auch von den Freisinnigen Anträge gestellt worden, sie zu beseitigen. Es liegt ja auf der Hand, daß der einzige, der nur eine bestimme Summe für seine Lebenshaltung zur Verfügung hat, durch höhere Getreidepreise erheblich benachteiligt wird. Wer verhängnisvoll sind derartige Preissteigerungen, wenn sie mit einer wirtschaftlichen Krise zusammenfallen, wie wir sie gegenwärtig haben. Schon seit 1907 haben wir Krisenerholungen, wie das Umfangsreich der Arbeitslosigkeit. Wie aus dem „Reichsarbeitsamt“ zu erkennen ist, war

im April d. J. die Zahl der beschäftigten Arbeiter noch erheblich niedriger als im April 1907

trotzdem der Zuwachs der Bevölkerung das Gegenteil sollte erwarten lassen. Wir können daher wohl sagen, daß wir seit Monaten mehr als eine Million Arbeitslose im Lande

haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Fast jeder Arbeiter hat mit einer längeren oder kürzeren Arbeitslosigkeit zu kämpfen, dadurch wird sein Einkommen schon erheblich herabgedrückt. Aber auch direkt ist ein

Rückgang der Böhne

zu verzeichnen. Es zeigt sich das deutlich bei den Bergarbeitern, deren Löhne vierfach jährlich im „Reichsgezügel“ verdecklicht werden. Während im Oberbergbauregion Dortmund 1907 der Jahresdienst 1562 M. betrug, war er im Jahre 1908 auf 1494 M. gesunken. Auch auf den königlichen Gruben gingen die Wochenlöhne um 3 M. zurück. Über dieser Rückgang der Böhne war 1908 noch nicht zum Stillstand gekommen. In Dortmund wurde 1908 noch pro Schicht ein Lohn von 4,82 M. bezahlt, im Jahre 1909 nur von 4,56 M. Im Saarbergbauregion sank im Jahre 1909 der Lohn um 4 Pf. pro Schicht, im Tuchener Bezirk um 8 Pf. pro Schicht u.ä. Diese sinkenden Löhne haben natürlich auch einen starken Einfluß auf die Mittelstandsbevölkerung, die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade in einem solchen Moment sehen wir steigende Getreidepreise, die eine Höhe erreichen, wie wir sie fast noch nie erlebt haben; sie geben selbst über das Max hinaus, daß seinerzeit Graf Ranitz in seinem Antrag von 1894 verlangte. Graf Ranitz verlangt damals für Weizen einen Preis von 215 M., für Roggen von 165 M. Statt dessen haben wir jetzt Preise von

291 M. für Weizen und 190 bis 192 M. für Roggen!

Und die Preisbewegung nach oben ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Am 25. Juni wurde Weizen in Berlin für die Abnahme im September auf 258 notiert, eheher bereits auf 260,25 M.! Man sieht die Preissteigerung als nicht für eine vorübergehende Ercheinung an, sondern rechnet damit, daß sie sich hält.

Wenn derartig hohe Preise vorhanden sind, so ist es sehr an der Zeit, einmal zu fragen, was die verbündeten Regierungen zu tun gedenken, um dem ein Ende zu machen. Man sieht also vor zwei Fragen: Entweder suchen die verbündeten Regierungen Mittel und Wege, um die Preise zu erniedrigen, oder um das Einkommen der Arbeiter zu erhöhen. Die Preise sind nicht durch unsere Getreidezölle allein verursacht, sondern wir haben es auch mit hohen Preisen auf dem Weltmarkt zu tun. Die Deutsche Tageszeitung hat ja mit Rücksicht auf die heutige zu berücksichtigende Interpellation auf die hohen Preise an anderen Orten hingewiesen und gefragt, welche theoretische Bedeutung die Aufhebung der Getreidezölle dann noch habe. Theoretisch mag das richtig sein, praktisch sieht es aber ganz anders aus. In der Tat sind ja die Weltmarktpreise hoch. Wenn aber die Weltmarktpreise so hoch sind, so hat ja jeder Getreidezoll auch jeden Schein von Recht verloren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sicherheit hat ja auch Graf Ranitz in seinem zweiten Antrag von 1895 das Fortbestehen der Getreidezölle nicht haben wollen, wenn die Weltmarktpreise eine gewisse Höhe erreicht hätten. In der Begründung des Antrages war das ausdrücklich ausgeschlossen. Als aber bei der Beratung des Bölltarifes der Antrag eingereicht wurde, eine Bestimmung aufzunehmen, daß die Böhne herabgesetzt werden sollen, wenn die Getreidepreise eine gewisse Höhe erreicht hätten, da hat die ganze Rechte, das Zentrum und auch die Nationalliberalen diesen Antrag bestimmt! Sie wollten also die künftige Besteuerung auch dann beibehalten, wenn der Weltmarktpreis eine geradezu schwundhafte Höhe erreicht. Im Jahre 1905 waren eben die Agrarier noch nicht zu der Macht gekommen, was die Agrarier gegenwärtig haben; sie traten noch wesentlich bescheidener auf!

Nun sagt man, von der Erhöhung der Getreidepreise habe die Landwirtschaft garnicht, sondern nur die Händler; denn die hohen Getreidepreise sollen erst dann eintreten, wenn die Landwirtschaft nicht mehr über Getreide verfügt. Demgegenüber ist festzustellen, daß sowohl 1907 wie 1908 die Getreidepreise in den Monaten September bis Dezember, also in den Monaten, in denen die Landwirte ihr Getreide verlaufen, höher waren als der gesamte Jahresdurchschnittspreis betrug! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Fragt man nun nach den Ursachen der ausnahmsweise hohen Getreidepreise, so könnte man zunächst annehmen, daß eine Währungsvereinbarung hat. Aber die Erklärungen des Jahres 1908 zeigen, daß wir in Roggen geradezu eine Reformperiode gehabt haben, von einem Umschlag, wie wir sie in Deutschland noch nicht erlebt haben. Und trotzdem hängt das Getreide bereits an knapp zu Vollzug. Schon im Mai außerordentlich gemacht. Die Deutsche Tageszeitung wies damals darauf hin, daß infolge der Einfuhrcheinrechte so viel Getreide ins Ausland gegangen ist, daß vom Beginn des Jahrtausends ab Getreidevorräte in Deutschland kaum noch vorhanden waren;

innerhalb von 7 Monaten seien fast 10½ Millionen Doppelzähner Getreide aus Deutschland ins Ausland gegangen!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Königliche Volkszeitung“ wies darauf hin, daß durch diese Ausfuhr im Inland eine Art künstliche Hungersnot hervorgerufen

werde, daß Mühlen fehlen müßten, weil ihnen der Rohstoff zur Verarbeitung fehle usw. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Königliche Volkszeitung“ sollte aber ihren eigenen Vorlieben den Vorwurf machen, daß sie solche Zustände herbeigeführt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Möller fügte in einer früheren Debatte: Wie kann man Einfuhrcheinrechte liebesgeben nennen? Es sagte, es seien geldwerte Dokumente und dem Lande werde damit „ein Dienst erweisen“. Das kann allerdings nur sagen, wer es für ein nationales Glück hält, daß Getreide nach dem Lande bleibt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Tat ermöglichen es diese Einfuhrcheinrechte den Agrarier, z. B. in Leinefelde beim Reich zu machen. Derartigen Augus kann sich das Reich nur gefallen, wenn es im Lieberthal schwimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie widersprechend unsere ganze Politik ist, das geht klar und deutlich aus den Begründungen her vor, die die verbündeten Regierungen regelmäßig unseren Flottenvorlagen gegeben haben. In diesen Begründungen heißt es immer wieder, daß Deutschland die kolossalen Auswendungen für die Flotte machen müsse, weil es nicht so viel Lebensmittel produziert, als es braucht (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); es müssen im Falle eines Krieges die Handelsstrassen freigehalten werden, damit Lebensmittel eingeführt werden können. Also einmal geben wir ungeheure Summen für Kriegsschiffe aus, die die Handelsstrassen freihalten, und dann geben wir auch mittleren Frieden Millionen und Übermillionen aus, nur damit inländisches Getreide ins Ausland geschickt werden kann. (Lebhafte Hörer! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine widersprüchvolle Politik ohne gleichen.

Ich muß auch verweisen auf die enormen Schädigungen, die unseren Finanzen durch

die Einfuhrcheinrechte

geschlagen werden: Von den Böllen, die 1907 entrichtet werden mußten, wurden 49 749 000 Mark durch Einfuhrcheinrechte beglichen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 1908 stieg diese Summe auf 90 706 000 Mark, und jetzt — in den ersten fünf Monaten dieses Jahres — beträgt die Summe bereits 42 875 000 Mark gegenüber 28 500 000 Mark im Vorjahr! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen, daß die Summe fortgesetzt steigt und daß selbst ein Blatt wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schon anfängt, gegen dieses System der Einfuhrcheinrechte zu wehren.

Und dann noch eins: Bei der Verabschiedung des Bölltarifgesetzes im Jahre 1902 wurde auf Antrag des Zentrums beschlossen, daß die Mehrerträge aus den Getreidezöllen

für Witwen und Wohlfahrt

zurückerlegt werden sollten. Der Abg. Trümmer rechnete uns vor, daß jährlich 90 Millionen Mark herauskommen würden. Wir haben damals schon starke Zweifel gehabt. Über die „Germania“ erklärte uns, es werden nach Abzug aller Kosten jährlich immer noch 72 Millionen Mark herauskommen! — Die „Germania“ fügte hinzu: Wenn die Sozialdemokratie doch prüfen wollte, würde sie zu der Erkenntnis kommen, daß durch den Rentenanspruch ein vollständiger Ausgleich für die durch die Bölltarifzölle verursachte Lebensmittelverschwendungen den arbeitenden Massen genährt würde... Ich möchte jetzt den Abg. Trümmer und das gesamte Zentrum fragen:

Wo sind die Millionen, die er uns damals vorgerichtet hat? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich müssen sie doch verborgen sein. Aber sie sind eben nicht vorhanden, sie sind durch die Politik der Einfuhrcheinrechte verloren gegangen!

Eins ist klar sicher: wenn einmal auf der ganzen Erde eine große Missernte eintrete, wenn Hungersnot ausbreite, dann wäre Deutschland dasjenige Land, welches am schwärmsten getroffen würde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und das ist die Folge Ihres (nach rechts) Politik. Manche Kreise haben das vorausgesehen — und, so erklärt sich der Antrag Ranitz vom 18. März 1895. In diesem Antrag hielt es, daß die Überschüsse aus den Getreidezöllen zur Aufstellung von Renten für außerordentliche Bedürftige bereit gestellt werden sollen. Damals wollte man also Renten sammeln, heute aber betrifft man eine Politik, die Gegen teil darstellt. — Wenn die Getreidezölle Ihnen nicht finanzielle Vorteile bringen sollen, weshalb haben Sie dann damals unseren Antrag abgelehnt, nach dem die Böhne außer Kraft gesetzt werden sollten für den Fall, daß die Getreidepreise eine gewisse Höhe erreicht haben? Dann würden auch die Einfuhrcheinrechte wegfallen, und dann würde auch deutsches Getreide nicht mehr ins Ausland verschiffen. Aber Sie haben unseren Antrag abgelehnt! Sie haben dem Kohlenhandelskodikt die bittersten Vorwürfe darüber gemacht, daß es die Kohle ins Ausland billiger verkaufe als nach dem Innlande. Ich will das weder beschönigen noch verteidigen. Über das eine muß man dem Kohlenhandelskodikt zugestehen, daß es diese Preispolitik nur durchführen kann auf Grund seines kräftigen Organisations. Sie jedoch verlaufen deutsches Getreide nach dem Auslande billiger auf Kosten der Steuerzahler, aus deren Taschen Sie sich das Geld geben lassen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt es, daß eine derartige vollständige Politik bei uns betrachten werden kann? Man geht immer noch von der Ansicht aus, daß Deutschland ein Agrarstaat sei und das deshalb alles getan werden müsse, was die Agrarier verlangen. Auch der Kanzler nennt sich

agratischer Kanzler

und treibt eine Politik lediglich für die Zelle der Bevölkerung, die sich Agrarier nennen. (Sehr richtig! links.) Die Begründung, daß Deutschland ein Agrarstaat sei, wird nun aber auf das jämmerlichste zerstört durch

die Ergebnisse der letzten Berufs- und Gewerbezählung.

Nach dieser Zählung ernähren sich in Deutschland von der Landwirtschaft und den verwandten Gewerben insgesamt 10½ Millionen Menschen, während von Handel, Industrie und Verkehr 34 Millionen Menschen leben! (Hört! hört! links.) Auf die Landwirtschaft entfallen nur 28 Proz. der Bevölkerung, auf Handel, Industrie und Verkehr aber 66 Proz. Gerade auf der einen Seite, daß Deutschland ein Agrarstaat sei, gründet sich die ganze Industriekraft. Auch in Preußen regieren die Jünger, trotzdem Preußen ebenso wenig Agrarstaat ist wie Deutschland. In Preußen entfallen auf die Landwirtschaft sogar nur 28,60 Proz. der Bevölkerung, gegen 28,60 Proz. Reichsdurchschnitt. Also sechshundert Prozent macht die Landwirtschaft in Preußen noch weniger aus als im Reich, und trotzdem herrschen dort die Jünger unumstritten. Ich frage erneut: wie ist es möglich, daß in Deutschland eine derartige, die gesamte Bevölkerung schädigende Politik auf die Dauer getrieben werden kann? Wir haben es mit Institutionen zu tun, die die Herren auf der Rechten sich zu schaffen verstanden haben und die mächtig geworden sind, überall die Herrschaft an sich zu reißen.

Der Bund der Landwirte

ist allmählich zu einer politischen Macht geworden, die Deutschland beherrscht. Was war es denn anders, als 1902 die Nationalliberalen für den Bölltarif stimmten, als ein Sich-Deutsch unter die Macht des Bundes der Landwirte? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daselbe sehen wir auch bei der Regierung. Der Bund der Land-

wirte trat gegen die Handelsverbände auf, die man eine „rechte Tat“ nannte, und der Reichskanzler Caprlis mußte sehr bald weichen. Es war das erste Opfer, das man der organisierten Macht der Landwirte brachte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und was man dann alles in der Periode von 1904 ab getan hat, um die Agrarier zu verjagen, will ich nicht auszählen. Sie sind aber nicht vertrieben, sondern verlangen einfach Unterwerfung. Das ist auch die Politik, die wir in den letzten Tagen erlebt haben.

Fürst Bülow war immer ein Agrarier.

In seiner ersten Rede als Reichskanzler sagte er, daß die Regierung dem Gemeinwohl um so besser diene, je höher sie sich über die verschiedenen Interessengruppen und Parteien stellt. Aber in dieser Rede kam, als wir ihm unterbrachen, auch davon der andere Satz vor: „Sie wissen ja noch gar nicht, wie der Haft läuft.“ Zu dem Moment, wo wir wußten, daß Fürst Bülow sich den Haften zum Vorbild nimmt, wußten wir auch: es war

ein agratischer Haft!

(Heiterkeit.) Der agratische Kanzler, der auf seinem Leichenstein die Worte haben will: „Hier ruht ein agratischer Kanzler“ war derselbe Herr, der ja auch den schönen Traum der Bloßpolitik inauguriert hat. Damals sagte er, es müßten solche Fragen zurückgestellt werden, über die eine Besiedlung in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Das ist

der naivste Satz, den jemals ein Staatsmann ausgesprochen hat.

Wie kann ein Staatsmann davon sprechen, Fragen zurückzustellen? Die Fragen drängen sich eben auf! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat denn Fürst Bülow dann auch nicht die Steuererfragen zurückgestellt, um die ganze Streit entstanden ist? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir sehen, daß die Regierung und die Agrarier einen Aufstand geschaffen haben, der für das Deutsche Reich von sehr ungemeiner Wirkung ist. Sie haben Steuern geschaffen, durch welche die Grundbesitzer den Protesten besteuern, so daß ein erheblicher Teil der Steuern nicht in die Reichskasse fließt, sondern

in die Taschen der Agrarier.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1907 betrug die deutsche Ernte an Bruttogütern 8456 Millionen. Durch den Zoll wurde dieses Getreide um 607 Millionen verteilt. Rechnet man auf den Verbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung 28 Proz. so bleiben immer noch

502 Millionen Mark,

die allein von der Großverkuferung in die Taschen der Agrarier geschlossen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und dazu kommt noch die Fleischverwertung!

Streitig sogen die Herren, diese agratischen Maßnahmen seien im Interesse der Landwirtschaft notwendig; sie liegen aber nicht im allgemeinen Interesse der Landwirtschaft, sondern doch lediglich im Interesse der Grundbesitzer, also im Interesse von etwa 2½ Millionen Personen in Deutschland, von denen die Hälfte eine so geringe Fläche besitzt, daß sie gar keinen Nutzen von den Böllen hat. Also für die Interessen von fünf Viertel Millionen Grundbesitzern wird diese Politik gemacht. 1½ Millionen Landarbeiter haben noch nicht einmal ein Stück Ackerland, sondern müssen alles kaufen, und die teuren Preise erschaffen zahlen. Die selben Leute, welche die Böllen ausplündern und die Lage der Landarbeiter verschlechtern, sind es auch, die den Landarbeiter das Koalitionsrecht verweigern, die Landarbeiter von der Strafengesetzgebung ausgrenzen und wo die Landarbeiter verachtet sind. Beweisen, daß sie in den niedrigsten Klassen verachtet sind!

Die Höhe des Landarbeiter

kann man ja aus den Renten berechnen, welche die Witwen der verunglückten Arbeitnehmer beziehen. In Ostpreußen erhält eine solche Witwe 72 Mark! Das entspricht einem Lohn von 360 Mark, den der Mann als ganzen Jahresdienst erhalten hat! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Westpreußen ist die Witwendrate 78 Mark, der Jahresdienst des Mannes also 366 Mark. In Schlesien beträgt die Rente 69,78 Mark, der Jahresdienst des Arbeiters also 348 Mark. Im ganzen Reich ist der Jahresdienst des Landarbeiters 483 M., im Westen steht auch der Landarbeiter etwas besser als in den ostpreußischen Provinzen. Da steht man die ganze Arbeiterschaft gerade derjenigen Leute, welche verlangen, daß sie selbst auf Kosten der Arbeiter bereichern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nun, dem Bund der Landwirte haben die Fleischzölle bei den letzten Wahlen noch Wahlhilfe geleistet und so fühlte sich die gegenwärtige Mehrheit geschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der hohe Blockraum ist jetzt wohl vorüber. Das deutsche Volk aber wird unter den Zuständen noch länger zu leiden haben. Die gegenwärtige Höhe der Fleischpreise verursacht ja auch im nächsten Jahre noch hohe Fleischpreise. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die hohen Preise halten an, und da fragt es sich doch, ob die Regierung nicht Mittel und Wege finden will, um Erhöhung der Preise zu erreichen. Bemerken will ich noch, daß dieselben Werte, welche heute niedrigere Einkommen und höhere Bruttogüter haben, auch noch 400 Millionen Mark neuer Verbrauchsneuauflage bekommen sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Ziel der Arbeiter, zum Beispiel die Fabrikarbeiter, sollen ja außerdem noch ganz besonders herangezogen werden.

Was kann nun die Regierung tun?

Wir wissen ja, daß die Gefehlgabe ihr gegenwärtig nicht die Wittert an die Hand gibt, die Wittert ohne weiteres aufzuheben. Dem hat man seinerzeit einen Krieg vorgesetzt. Hochsteuern bei den Einfuhrcheinrechten, bei denen eine Minimalsteuerfestsetzung nicht vorhanden ist, könnte die Regierung die Frise auf etwa eine Stunde festlegen und sie dadurch gänzlich wertlos machen. Aber das wäre keineswegs genug. Es muß vielmehr eine

Abänderung der Bölltarife

herbeigeführt werden, obwohl ich glaube, daß die gegenwärtige Mehrheit solche Gefehle genau so vernichten würde, wie sie die Fleischzölle und Kochlohssteuer vernichtet hat. Es muß aber doch zu einem

offenen Kampf mit den Agrarier

</div

ist das ein Beweis, daß die Landwirtschaft auch ohne finanzielle Hilfsmittel prosperiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch

die Vermögensansammlung auf dem Lande

ist enorm. Nach der preußischen Ergänzungsteuer, die im Jahre 1895 11 Millionen Betrag, war ein Vermögen von 28 Milliarden veranlagt. 1903, also vor dem Zolltarif, war die Steuer auf 14 Millionen, das Vermögen also auf 28 Milliarden gestiegen. Noch in den letzten Jahren vor dem Aufkäufstellen des Zolltarifs, in den drei Jahren von 1902 bis 1906, stieg der Grundwert von 10,9 auf 12,2 Milliarden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Eigentümer haben also ganz darüber zu sagen, daß die Landwirtschaft ohne die Dauer ertraggen kann, unter dem Terrorismus der Agrarier zu leben, die es darauf abgesehen haben, sich auf Kosten der Weisheit des Volkes zu bereichern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung die Getreidezölle suspendieren und die Einfuhrzölle aufheben will, so kann sie das nicht, ohne eine Änderung des Zolltarifgeleyes, und wenn sie sich jetzt fürchtet, den Reichstag wegen irgendwelcher Steuererlagen aufzulösen, so möge sie es einmal unter der Flagge tun, daß sie die Parole stellt:

Für oder gegen die Agrarier!

(Beibehalte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung bringt ein Gesetz ein: das Einfuhrcheinystem zu befehligen und die Höhe herabzulegen oder ganz zu beseitigen. Daß ein solches Gesetz ebenso abgelehnt wird wie die Getreidezölle, liegt auf der Hand. Dann könnte die Regierung den Reichstag auflösen und das Volk eben vor die Frage stellen: für oder gegen die Agrarier! Über kurz oder lang wird die Zolle so angepakt sein, daß die Regierung gar nicht anders kann, wenn sie sich nicht zum willenslohen Werkzeug in der Hand der Agrarier, in der Hand des Bundes der Landwirte machen will. (Beibehalten Sie richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Volk kann von der Regierung verlangen, zu wissen, was sie zu tun gedenkt, um der Nahrungsknappheit des Volkes entgegenzuwirken.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Einfuhrcheinystem fortbestehen bleibt, wenn die Kreise weiter hoch bleiben, so liegt es auf der Hand, daß die deutsche Ernte nicht auf deutschen Märkten verwandelt wird, sondern daß sie ins Ausland wandert. Der Deutsche wird hungernd vor den leeren Getreidespeichern stehen und sagen: Unser Getreide ist ins Ausland gegangen, wie Steuerzahler sind getreidlos und müssen auch noch die Einfuhrzölle bezahlen für die, die uns das Getreide nehmen. (Beibehalten Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Weltmann-Hollweg:

Über die Einfuhrzölle haben wir uns am 22. April d. J. einigend unterhalten. Der Reichstag hat beschlossen, diese Angelegenheit der Budgetkommission zu überweisen; sie hat heute beraten und hat die Frage mit überwiegender Mehrheit für

nicht gelöst

angesehen und den Beschuß gefaßt, dem Plenum vorzuschlagen, die verbündeten Regierungen um die

Vorlage einer Dechiffre

zu bitten. Falls das Plenum in diesem Sinne beschließen sollte, wird die Reichsverwaltung — das kann ich schon heute erklären — gern bereit sein, dem Plenum auf Vorlage einer Dechiffre nachzukommen.

Ich habe dem, was ich im Herbst 1907 der damaligen Interpellation gegenüber vom grundsätzlichen Standpunkt der verbündeten Regierungen aus gefaßt habe, wesentlich nichts hinzuzufügen. Ich kann nur wieder betonen, daß die verbündeten Regierungen von den Grundsätzen eines von der überwiegenden Mehrheit dieses hohen Hauses überzeugt auf das nachdrücklich gebilligte Wirtschaftspolitik nicht abweichen. (Bravo! rechts.) Das eine werden wir auch die Gegner unserer Wirtschaftspolitik zeigen: Wirtschaftliche Maßregeln irgendwelcher Art und unter irgendwelchen wirtschaftlichen Systemen können unabweisbar nur dann das ersehnte Ergebnis erzielen, wenn sie stabil sind, wenn man konsequent an der einmal für richtig befundenen Politik festhält und wenn man sich nicht durch vorübergehende Ercheinungen, wie sie mit den unvermeidlichen Schwankungen auf dem Weltmarkt notwendig verbunden sind, von den Prinzipien des einmal für richtig Anerkannten abbringen läßt. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann mich auch davon nicht überzeugen, daß der Vorsitz der Herren Interpellanten, die zeitweil Suspensionsierung der Getreidezölle, das Ziel erreichen würde, das die Herren anstreben, nämlich ein nachhaltiges Heraabdrücken der Getreidepreise.

Was die gegenwärtigen Verhältnisse anlangt, so ist es nicht richtig, wenn man in den Beiträgen einer abnormen Höhe unserer Getreidepreise spricht. (Hört! hört! rechts.) Der Roggenpreis stand 1907, als wir uns über die gleiche Interpellation unterhielten, höher, er ist 1908 hörbar gefallen gegenüber den Preisen vom Herbst 1907, ist jetzt im Frühjahr dauernd gestiegen, hat aber noch nicht die Höhe erreicht, die er damals hatte. (Hört! hört! rechts.)

Man hat beweisen, daß dem Deutschen Reiche noch der Charakter eines Agrarstaates beinhaltet. Ich bin der Ansicht: es ist weder ein Agrarstaat, noch ein Industriestaat, sondern wir haben gegenwärtig noch

eine gläserne Mischung,

die wie hoffentlich noch recht lange erhalten werden. Daß die Weizenpreise enorm hoch sind, gebe ich zu, und ich bin der erste, der wünsche, daß sie bald heruntergehen. Denn das ist ein ganz ungünstiger Zustand. Dazu kommt, daß wir beim Weizen zum großen Teil auf die Einfuhr von anderen Ländern angewiesen sind. Dem Weizenpreis stehen vor aber einer internationalen Preissteigerung gegenüber, was erstaunlich ist, wenn man bedenkt, daß in den letzten beiden Jahren die Weltmarkte über sechs Millionen Tonnen hinter der Ernte der vorhergehenden Jahre zurückgeblieben ist. Bei dem verhältnismäßig geringen Anteil, den der Weizen bei der Ernährung unseres Volkes hat, dürfen wir aber nicht von den Weizenpreisen allein ausgehen, sondern müssen Roggen und Weizen zusammennehmen. Gest, wenn in beiden eine Teuerung vorhanden ist, werden wir von einem Stolzstand sprechen können, wie wir ihm allerdings in den 90er Jahren einmal erlebt haben, wie er aber heute

noch nicht

vorhanden ist. Der Herr Vortredner hat gesagt, wenn wir einmal eine Hungersnot bekommen, so wird von allen Kulturbölkern Deutschland am schlechtesten stehen. Ich bin anderer Meinung. Wir würden ja einer Rassimität nur kommen, wenn unsere Landwirtschaft geschwächt ist. Daß unter Leuten teurer geworden ist in den letzten Jahren, ist allerdings eine so abgetrennte Weisheit, daß ich sie selbstverständlich nicht bestreite. Ich habe hier aus einer ganz intrinsischen Interpellation, die von der sozialdemokratischen Partei in Ostpreußen eingefordert worden ist, einen interessanten Satz. Es heißt da: „Infolge der ungünstigen Entwicklung der notwendigsten Lebens- und Bedarfssachen leidet sich die Arbeiterschaft gezwungen, sich dauernd in Preisen niedergeschlagen.“ (Lebh. Hört! hört! u. Heiter! rechts.)

Am Tage ist schon, unter Leuten ist teurer geworden, was ich mit den Herren Interpellanten auch ernstlich behalte. Ich habe aber schon einmal darzulegen versucht, daß die notwendigen Folgerungen jeder industriellen Depression, Arbeitslosigkeit, Bildung der Aufschwünge nicht, sich bei uns relativ weniger schwer fühlbar machen als in sehr vielen anderen Ländern. Seit der Welt hat die Statistik meine Darlegungen bestätigt. Das schließt natürlich nicht aus, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Depression schwer auf uns lastet, daß Arbeitslosigkeiten stattgefunden haben, daß zum Teil die Löhne

zurückgegangen sind und doch eine solche Art der Zeuerung schwer empfunden wird. Aber wenn dem so ist, kann es die verbündeten Regierungen doch nicht verlassen, von ihrer Wirtschaftspolitik abzuweichen und Experimente mit einem Mittel zu machen, das sie für ungünstig halten. Wir würden damit nur eine weitere Un Sicherheit in unserem wirtschaftlichen Leben hineintragen, wir würden die nachteiligen Folgen des wirtschaftlichen Rückgangs verbreiten gerade auf diejenigen Bevölkerungsgruppen, deren Kaufkraft für unsere Industrie von besonderem Wert bei großtechnischem Export ist. Die verbündeten Regierungen müssen daher in vollständigem wirtschaftlichen Interesse des Ganges und indem sie hinsichtlich der Schwerpunkte der Gegenwart, die ich nicht verleugne, festhalten an der Wirtschaftspolitik, die sie unter Zustimmung der Majorität dieser Reichstags eingesetzt haben und fortzuführen gedachten. (Beibehalten Sehr richtig! rechts.)

Auf Antrag Singer (Soz.) findet die

Besprechung der Interpellation

statt.

Präsident Dr. Panitz schlägt vor, auch den von der Budgetkommission heute behandelten Antrag Dr. Abfaß (fr. Op.) über die Aufhebung des Identitätszolls mit zur Debatte zu stellen, obwohl ein schriftlicher Bericht noch nicht vorliegt. Da Abg. Göthein (fr. Op.) Widerspruch erhebt, muß davon Abstand genommen werden.

Abg. Dr. Pieper (Op.): Bei den Zolltarifänderungen haben alle Anhänger der Reichspartei einheitlich der industriellen Arbeiter eine mögliche Erhöhung der Zollsätze befürwortet. Der Reichstag willt auf den Preis des Getreides, aber nicht sehr bedeutend. Andere Umstände, namentlich der Massfall der Weltmarkte, wirken viel entscheidender mit. Eine Aufhebung der Getreidezölle könnte nur in Frage kommen, wenn es sich nicht um vorübergehende Verhältnisse handelt. Sollten die hohen Preise bis über die nächste Ernte hinaus anhalten, so würde allerdings eine Suspensionierung der Zölle in Frage kommen. Vorläufig liegt kein Beweis dafür vor, daß es sich um mehr als das alljährliche Anziehen der Getreidezölle vor der Ernte handelt. Die Einfuhrzölle würden erst dann eine Ausnahmedramatik bedeuten, wenn unsere Einfuhr unter die Ausfuhr sinken würde, während sie heute noch um das Doppelte größer ist. Wir erkennen an, daß die Teuerung schwer drückt auf die Bevölkerung, aber wir halten den legigen Augenblick noch nicht für geeignet, um eine Forderung im Sinne der Interpellation an die Regierung zu stellen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Krentz (Op.): Wir stimmen durchaus mit den Ausschreibungen überein, die der Herr Staatssekretär dargelegt hat. (Sehr richtig! rechts.) Der Zolltarif hat sich ganz vorzüglich bewährt. Wir können uns also der Interpellation nur so ausdrücklich wie möglich entgegenstellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Koempf (fr. Op.): Bereits 1907 wurde uns gefaßt, es handele sich nur um „eine vorübergehende Ercheinung.“ (Lebh. Hört! Hört! links.) Von keiner Seite wird bestritten, daß das Einfuhrcheinystem dazu beiträgt, die Getreideausfuhr zu erleichtern und die Getreidezölle zu steigern. Es sind seit der letzten Ernte etwa 400 000 Tonnen Weizen ins Ausland verlaufen. (Hört! hört! links.) Die Belastung des Volkes durch die Zölle will ich nicht rechnerisch feststellen, mit 400 Millionen ist sie sicher zu niedrig geprägt. Die Folge unserer falschen Wirtschaftspolitik ist, daß alles teurer geworden ist und daß niemand davon Vorteil gehabt hat: als eine Reihe privilegiierter Personen. (Sehr richtig! links.) Wir sind aber nicht der Meinung, daß eine plausible Aufhebung oder auch nur eine Suspension der Getreidezölle sich empfiehlt. Wohl aber könnten wir eine allmähliche Herabsetzung der Getreidezölle. (Sehr richtig! bei den Freiheitlichen.) Dieser Frage sollte die Reichsregierung recht bald näher treten. (Beibehalten Sehr richtig! bei den Freiheitlichen.)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (L): Die Feststellung der Getreidezölle ist aus den Händen der Landwirtschaft in die des Handels übergegangen. Der Handel hat die Preise so hoch getrieben, und dann kommt immer die Sozialdemokratie und beglückt uns mit Interpellationen. — Ich gebe zu, die Weizenpreise sind unerwünscht hoch. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten. — Heiterkeit.) Das ist aber nicht die Schuld des Landwirte, die immer nur aussömmliche, nie hohe Preise verlangt haben! (Raben bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! links.) Die schlechte Weizenernte im Herbst vorligen Jahres auf der nördlichen, im Frühjahr vorligen Jahres auf der südlichen Halbinsel hat die Höhe der Weizenpreise veranlaßt. Die Roggenpreise dagegen stehen durchaus nicht hoch und da, wenigstens in Norddeutschland, eigentlich trotz der Hauptnutzung des Getreides bildet, so kann von Hungerstretten nicht gesprochen werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen es abwenden, daß der Getreidezölle zu erhöhen. (Beibehalten Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Panitz (null.): Auch meine Freunde halten es nicht für notwendig, die Getreidezölle herabzusetzen. Die hohen Getreidepreise sind nur eine vorübergehende Ercheinung. Gerade die Freiheitlichen sollten sich nicht gegen die Einfuhrzölle wenden, denn sie entsprechen doch dem System des Freihandels. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Die Ercheinung, daß die eigentlichen Getreidebesitzer, die Väter, die sonst für den Import in Betracht kommen, Mangels an Getreide haben, ist nur vorübergehend und kann keinen Anlaß zur Aenderung unseres Zolltarifes geben. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) (Dr. Hahn schüttelt dem Abgeordneten Panitz ostentativ die Hand. Große Heiterkeit.)

Abg. Siegler (fr. Op.): Ich hoffe, daß mir die Ehre eines Handbrauds von Herrn Dr. Hahn am Schlug meiner Rede nicht zuteilt werden wird. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Freiheitlichen.) Das austwärtige Getreidearbeiter unseres heimischen Boden bedienen, kann für eine bedauerliche Ercheinung. Unsere Gesetze so beschaffen sein, daß unsere Landarbeiter gern auf der Schollebleiben. Wir müssen auf eine Erneuerung der Getreidezölle hinarbeiten, sonst wird der Getreidezoll seine Wirkung verlieren. (Sehr gut! rechts und bei den Freiheitlichen.)

Abg. Dr. Hahn (L): Das müssen Sie schon dem Präsidenten überlassen. Ich begreife übrigens, daß Ihnen diese Erwähnung des Bundes der Landwirte unangenehm ist, aber es magst mir eine besondere Stunde. Sie, Herr Hahn, so erregt zu feiern. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Wir müssen Gedachtnis darauf nehmen, die Zölle in Industrie und Landwirtschaft wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. (Bravo! bei den Freiheitlichen.)

Abg. Kautsky (Soz.): Die Höhe der Getreidezölle ist einer der wesentlichen Gründe der allgemeinen Teuerung. Daher halten wir eine zeitliche Herabsetzung der Getreidezölle für durchaus geboten.

Abg. Dr. Gobellum (Soz.):

Der Herr Staatssekretär des Reichsamtes des Innern hatte die Bitte, unsere Interpellation zu beantworten. Selbstverständlich kann die formale Legitimation dazu nicht bestreiten werden. Aber man kommt wohl verlangen, daß ein anderer diese Interpellation beantwortete, denn nicht Herr v. Weltmann-Hollweg ist es gewesen, der die Handelspolitik der Regierung bei der letzten Sollkampagne geführt hat, sondern Fürst Bülow, und wenn er auch heute

einen Reichstaglanger auf Abbruch

ist (Heiterkeit), so hat er doch die Verantwortung für die Verwüstungen der Kratzypolitik zu übernehmen, die die verbündeten Regierungen im Interesse einer kleinen Minderheit des Volkes seit Jahren getrieben haben. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich um Lebensfragen der Nation handelt, dann gehört der Reichstaglanger auf seinen Platz — wenn nur einer da ist. (Große Heiterkeit.) Wie empfinden das Verhalten des Reichstaglagers als

eine Pflichtverlegung?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie gezeigt wäre, den sie eindeutig auf diesen Mannes noch bis auf den letzten Tag noch etwas von staatsmännischem Mut bei ihm zu zerstören wäre. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Den Vertreibern unserer agrarischen Schutzzollpolitik wird die Freude an diesem Werk immer mehr verschwinden. Sie sagen oft: Rot lebt betont. Ich sage: Rot lebt denken,

und wenn unser Volk erst angefangen hat, zu denken, so hört es auch nicht zu deinen auf, und das Denken zerstört Ihre agrarische Herrschaft sicherer, als Sie vermuthen. Wie die Politik des Brüderhauses in den letzten Jahren betrieben wurde, das ist neben menschlich noch christlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter dem Vorzeichen, stolzerhaltend ist ja kein vertretliches. Sie laufende und Tantende in unserem Volke zum Siegum, zum freilichen Lobe, zerstören Sie das Werk und die Kraft des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Weltmann-Hollweg tut sich hier als Konsequenzennachter auf. Der Vertreter einer Regierung, die in der letzten Zeit jede Spur von Konsequenz hat vernichten lassen, als es sich um einen Kampf gegen das Judentum handelte, wurde jetzt auf einmal klug und konsequent, wo er die Junge in seinem Blüden wußte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er erklärte, der Zolltarif sei ein einheitlicher Gang und dem gesamten Volkskörper angepaßt. Gewiß, dem Volkskörper angepaßt, ungefähr wie ein kanadischer Stiel. (Lebhafte antworten. Mollen Sie in Zahlen reden. Sehr richtig! Zeugen eines jeden haben eine Reaktion. Siehe oben.)

Den Herrn v. Weltmann-Hollweg schlägt vor, auch den von der Budgetkommission heute behandelten Antrag Dr. Abfaß (fr. Op.) über die Aufhebung des Identitätszolls mit zur Debatte zu stellen, obwohl ein schriftlicher Bericht noch nicht vorliegt. Da Abg. Göthein (fr. Op.) Widerspruch erhebt, muß davon Abstand genommen werden.

Abg. Dr. Pieper (Op.): Bei den Zolltarifänderungen haben alle Anhänger der Reichspartei einheitlich der industriellen Arbeiter eine mögliche Erhöhung der Zollsätze befürwortet. Der Reichstag willt auf den Preis des Getreides, aber nicht sehr bedeutend. Andere Umstände, namentlich der Massfall der Weltmarkte, wirken viel entscheidender mit. Eine Aufhebung der Getreidezölle könnte nur in Frage kommen, wenn es sich nicht um vorübergehende Verhältnisse handelt. Sollten die hohen Preise bis über die nächste Ernte hinaus anhalten, so würde allerdings eine Suspensionierung der Zölle in Frage kommen. Vorläufig liegt kein Beweis dafür vor, daß es sich um mehr als das alljährliche Anziehen der Getreidezölle vor der Ernte handelt. Die Einfuhrzölle würden erst dann eine Ausnahmedramatik bedeuten, wenn unsere Einfuhr unter die Ausfuhr sinken würde, während sie heute noch um das Doppelte größer ist. Wir erkennen an, daß die Teuerung schwer drückt auf die Bevölkerung, aber wir halten den legigen Augenblick noch nicht für geeignet, um eine Forderung im Sinne der Interpellation an die Regierung zu stellen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Krentz (Op.): Wir stimmen durchaus mit den Ausschreibungen überein, die der Herr Staatssekretär dargelegt hat. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Staatssekretär verweist darauf, daß die Fleischpreise gestiegen seien. Eine Herabminderung der Fleischpreise ist allerdings zu verzögern, aber zurückzuführen, wie Ihnen Spezialisten aus dem Hause sagen können, auf den verminderlichen Absatz des viel zu teuer gewordenen Fleisches. Was aber das Schweinefleisch anlangt, so betrachten nach der amtlichen Statistik die Schweinefleipreise in Berlin im Mai 1907 96,25, 1908 111, 1909 119,44 R. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Hamburg 117 und 124, in München 107, 118, 188 R. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das resultiert bei Herrn Staatssekretär ein Geradegehen des Preises!

Die Preissteigerung könnte nicht zur Wirklichkeit werden, wenn wir mit dem Schutzpol nicht zugreifen

das System der Einfuhrzölle

Sätteln. Graf Manig hat einmal ganz richtig bemerkt, daß ganze Schutzpol wäre nichts wert, wenn nicht die Einfuhrzölle damit verknüpft wären; denn nur dadurch, daß man dauernd das in Deutschland vorhandene Quantum Getreide auf jene kleine Menge befrimmert kann, die auch bei einer schlechten Ernte erzielt wird, gelingt es, die Preise in dieser Weise zu steigern. Es genügt vollkommen, daß selbst ein Mann wie Herr Panitz, der sich als praktischer Landwirt hier einfühlt, aufzugeben muss, daß die heutige Verwendung der Einfuhrzölle für Kaffee und Petroleum unter allen Umständen selbst vom Standpunkt des praktischen Landwirtes an bekämpfen ist, und bei der sympathischen Aufnahme, die Herr Panitz bei Ihnen gefunden hat — Herr Hahn hat ihn ja beiwohnt — (Heiterkeit), wird vielleicht auch auf jenseits die Regelung wachsen, das System des Einfuhrzölles aufzugeben und zunächst einmal den Identitätszoll einzuführen. Das das Einfuhrzölsystem für gewisse Zweige und für den Handel, s. V. von Stettin und Königsberg, notwendig ist, leugnet niemand.

Indesfern auch mit den Einfuhrzölen wäre noch nicht ein so großes Geschäft zu machen, wenn als breites nicht noch

die Einjuhrzöle der Eisenbahn in Gestalt der Ausfuhrzölle hinzutreten!

Was sagen nun die Vertreter der agrarischen Parteien zu den Ausführungen des Staatssekretärs? Der Vertreter des Zentrums war sehr vorzüglich. Ich kann ihm das nachstellen. Das Zentrum wird ohnehin, wenn es dem Volke erst die industriellen Steuern aufgebürdet hat, einen schweren Stand haben, und so sollte es möglicherweise noch vermehren, noch mehr Belastungsmaterial heranzubringen. Sehr interessant war mit dem Verhalten des Vertreters der polnischen Partei. Die Polen haben früher für jede Getreidezölle erhöhung gestimmt, jetzt aber, wo sie drauf und dran sind, der Regierung, die sie so gut behandelt hat, viele Anfeindungsversetze, viele Entgegnungen, viele Sprachparagrafe (Sehr gut! bei den Sozial

Gewerkschaften Plauenscher Grund u. Umg.

Sonntag den 11. Juli 1909

Fünftes Gewerkschaftsfest

auf dem Areal des Etablissements zum Heiger und den angrenzenden Grundstücken.

Nachmittags Punkt halb 2 Uhr: Abmarsch des Festzuges von Angermanns Gasthof, Döhlen, unter Begleitung von fünf Musikkorps durch Deuben, Döhlen und Potschappel. — Kinder dürfen am Festzug nicht teilnehmen.

Auf dem Festplatz: Großes Instrumental-Konzert. Abends 7 Uhr: Festrede vom Genossen Karl Sindermann-Dresden.

Auf dem Festplatz finden Belustigungen verschiedener Art statt. Luftschaukel, Karnissell, Schiekhalle, Gabentempel, Radbude sowie zwei Schankzelte sind aufgestellt.

Gewerkschafts- und Partei-Genossen und -Genossinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen des Plauenschen Grundes! Agitiert für euer Gewerkschaftsfest! Sorgt für massenhaften Besuch!

Das Fest-Komitee.

Gewerkschaften von Reichenberg und Umg.

Sonntag den 11. Juli 1909, auf dem gesamten Areal der Königbrauerei Reichenberg

Gewerkschafts-Fest

verbunden mit Festzug unter Begleitung von drei Musikkorps.

Sammelpunkt zum Festzuge mittags 1½ Uhr im Hof des Baumwies, Borsdorf; um 2 Uhr Abmarsch nach dem Festplatz, nach Ankunft hier selbst.

Festrede, gehalten vom Gewerkschaftssekretär Genossen Wilhelm Bux.

Hierauf: Allerhand Belustigungen für jung und alt. Abends auf dem Festplatz: Gr. Feuerwerk verbunden mit Kampfzug sowie in Borsdorf und Reichenberg BALL-MUSIK.

Die Gewerkschafts- und Parteigenossen der benachbarten Bezirke ersucht zur Mithilfe am Demonstrationszug. Das Festkomitee.

... Bezirk Radebeul ... Gesangverein Morgenrot - Turnverein der Lößnitz

Sonntag den 4. Juli 1909 im Jägerhof, Niederlößnitz

Gr. Sommer-Fest

bestehend in
Instrumental-Konzert, Gaben-Vorlesung und verschiedenen Veranstaltungen
und Belustigungen für gross und klein mit darauffolgendem Tanz.
Der herrliche, schattige Garten bietet Platz für 2000 Personen. Bei plötzlich ein-
tretendem Unwetter sind genügend grosse Unterkunftsräume vorhanden.
Beginn nachm. 8 Uhr. Zu recht zahlreichem Besuch lädt ein Das Vergnügungskomitee.
Der Zahlabend für den Bezirk Radebeul am 3. Juli fällt aus.

Musikkorps

zu Sommerfesten, Partien usw., empfohlen in jeder Säule der
Zentralverband der Zivilmusiker

Geschäftsführer Raumann, Peterstraße 12, 3.

Hofbrauhaus

Dresden-Cotta.

Sonntag, Montag und Dienstag
den 4., 5. und 6. Juli

Grosses historisches

Keller-Fest.

Bier direkt vom Fass.

Aufstich täglich nachmittags 3 Uhr.
Reichhaltiges, kaltes Buffet.

Freies Konzert.

Schön dekorierte und glänzend erleuchtete Räume.

Feinste Butter!

sehr billig! 1.15 Pfund M.
Güld 58 Pf.

Frische Eier

Mandl 70 u. 80 Pf.

Zu jedem Pfund Butter ein El gratis.
Beste und billige Bezugssquelle
für Wiederverkäufer.

Butterhandlung

Schiffelstr. 30
nahe der Wallstraße. Telefon 851.

Gebr. Eichhorn
Tromperstr. 17
Enorm billig!
Kinderwagen
u. Sportwagen
Riesenwahl! Katal. gratis.

Das neueste u. beste ist

Lona

ur Verarbeitung von ff. Linten, ein
Karton für zwei Glas 10 Pf. In
Dresden u. o. bei Herrn Wöhner,
Herrn Reinhold Strehmel, Schönauer
Straße 77, Tolkewitz, Loschwitz, Leutzsch,
Auer Vorstadt, Frieder-Pl.

Grosses Schlachtfest!
Freit. früh 8 Uhr: Weißfleisch, kaltes
F. Wurst u. Fleisch. M. Fildler,
Banferoder Straße 75 B.
Schweinefleisch 75 Pf.
Rindfleisch 65 Pf.

H. Schurigs Restaurant

14 Stiftstraße 14
Großer Mittagstisch.
Freitags: Schlacht-Fest.
Verkehrs-Lokal der Modellschlösser.

Kein Laden! Teppiche u. Gardinen

Teppiche	von 3.50 M.
Läuferstoffe	— 40
Perlmutter	3.50
Tischdecken	— 120
Sofabezüge	— 4.50
Beitvorlagen	— 1.—
Felle	— 1.—
Gardinen	— 40
Gardinen, Fenster	— 1.80
Stores	— 1.80
Viträgen	— 35
Viträgen, Fenster	— 1.50
Fries u. Flizlach	— 1.50
Steppdecken	— 5.50
Schlafdecken	— .90
Kamelhaardeck.	— 8.—
Teppiche mit kleinen Fehlern.	
Rester und zurückgelegte	
Winter bis 50 Proz. billiger	
12 Plüsche Sofas	
von 35 M. an	
2 Chaiselongues	
von 22 M. an	
Salon-Garnitur	
von 88 Mark an.	

Starers

Teppichhaus u.
Gardinenlager
Wilsdruffer Straße 33
I. und II. Etage.

Mutterspritzen

mit 2 Röhren von 2.— M. an,
Spülflaschen, Leibbinden, Menstruationsflaschen, Verfallbinden u. Blasen.

Frauen-Artikel

Preisliste gratis. 10 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger

37 Am See 37

Ede Dippoldswalder Platz.

Man achtet auf die Firma.

Bürger-Schänke

Palmstraße 11 eine Minute vom Postplatz

MR Grösstes und schönstes Bier-
und Speiselokal Dresdens.

A. Häusers Restaurant zur Mückener Baubörse

Dresden-Mücke, Dominselstraße, Ecke Trachauer Straße
empfiehlt seine schönen, geräumigen Lokaleinkünfte, Vereinszimmer, 80 Personen
stellend, seit jederzeit zur Verfügung. Asphalt-Regelbahn.

Grösste Auswahl in neuesten

Sprech-Apparaten und Schallplatten

übertrifft in Tonreinheit.
Eigene Fabrikation, daher billigste Preise!
Bequeme Teilzahlung!

Grosse (25 cm) doppels. Schallplatten 1.50, 2, 3 und 5 M.

Förster & Zschocke

nur Humboldtstr. 2 (Ecke Annenstr.).

Kohlen!

Eine Stahladnung bester böhmischer Braunkohlen
ist am Schusterhaus eingetroffen und verlässt selbige zum
billigsten Tagespreise. Qualität Ia.

Oswin Biebach, Niederlage Dr. Götts, Chamissos-
strasse 6.

Möbel

Curt Wilkerling
Pieschen, Mohrenstr. 1. Zug auf Zeitung.

Paul Kaden

Wäsche u. Manufakturwaren
Spezialität: Turnbekleidung

Pieschen, Torgauer Straße 11.

Sommerfeste! Vereine!

Wirte! Neue fertige
Stocklaternen,
100 Stück u. 2.50 M. Lampons
in Viereckschatz, Trop. u. 20 Pf.
an Dekorations-Girlanden, 7m lang,
St. u. 15 Pf. an. Reutele Scherz u.
Schaukasten! Bengalische Flammen
Feuerwerk! Ganz billig
Fabrikpreise. Verlosungs-Artikel.
Hindergewinne in konturenreicher Qualität und Willigkeit. Preisbillig.
Preisliste gratis! Ludwig Philippsohn, Scheffelstr. 26. Tel. 809.

Konsumverein für Schmiedeberg u. U.

E.G.m.b.H.

Anträge zur General-Versammlung

für Sonntag den 4. Juli.

1. Antrag der Verwaltung: Bereitend die Abänderung von § 4 unter
Vereinsstatuten. — 2. Antrag Schule und Genossen: Bereitend Ver-
einigung unserer Genossenschaft mit dem Konsumverein und Produktions-
genossenschaft Potschappel. Der Aufsichtsrat. Gust. Kasig, Bors.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem gebräten Publikum von Cotta u. Umg. die ergebnis-
liche Mitteilung, daß ich das

Barbier- u. Frisier-Geschäft, Steinbacher Str. 35

von Herrn Kallinowski läufig übernommen habe. Geht auf
meine langjährige Tätigkeit, Sicher die prompte und laubere Bedienung zu
hochachtungsvoll Joseph Saft.

Arbeiter-Garderobe

Warenkatalog und Gesänge in
fester Zeit.

Fr. Beyer, Potschappel

Görlitzer Straße 38.

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50 bis zu 1.25 M. zu ver-

Gliedner, Rosenstr. 48

5. 50

